

Verstärkungskonzept Soziale Stadt Brandenburgisches Viertel Eberswalde



Auftraggeber

Stadtverwaltung Eberswalde
Dezernat III, Stadtentwicklungsamt
Breite Straße 41-44, 16255 Eberswalde

Gutachter

StadtBüro Hunger, Stadtforschung und -entwicklung GmbH
Helmholtzstraße 2-9, 10587 Berlin

Eberswalde, September 2012

Inhaltsverzeichnis

Einführung	4
Anlass und Zielstellung	4
Methodisches Vorgehen	5
1. Schwerpunkte der Sozialen Stadt im Brandenburgischen Viertel seit dem Jahr 1999	8
1.1 Umsetzungsphasen	8
Aufbau- und Experimentphase zwischen den Jahren 1999-2005	8
Konsolidierungsphase ab dem Jahr 2006	8
Verstetigungsphase	9
1.2 Bilanz der eingesetzten Mittel Soziale Stadt zwischen den Jahren 1999-2011	11
1.3 Sicht der örtlich wirkenden Akteurinnen und Akteure zum Programm und zur Verstetigung	12
Mitwirkung und Identifikation mit der Sozialen Stadt	12
Vernetzung und Zusammenarbeit	13
Wirkungen auf die Imagebildung	13
Resonanz der unterstützten Angebote	13
Perspektive der Sozialen Stadt	14
Probleme der Programmumsetzung	14
1.4 Wahrnehmung der Sozialen Stadt aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner	15
Bekanntheitsgrad des Programms und seiner Maßnahmen	15
Nutzungen der realisierten Maßnahmen der Sozialen Stadt	17
Bestehendes Engagement und Mitwirkungsbereitschaft	20
Fazit	22
2. Stand der Gebietsentwicklung und Aufgaben für die Zukunft	23
2.1 Ausgangslage	23
Demographischer und sozialer Wandel	23
Wohnen und Nachbarschaft	25
Wahrnehmung und Nutzung des Wohngebietes	26
2.2 Schlussfolgerungen und Handlungsschwerpunkte	27
Wohnraumentwicklung	27
Sicherheit und Ordnung	29
Städtebauliche Aufgaben	29
Gemeinwesenarbeit	29
Besondere Profile und Imagearbeit	31

3. Empfehlungen für die Verstetigung	32
3.1 Sicherung von Akteursnetzwerken	33
Qualifizierung sozialgruppenspezifischer Netzwerke	33
Neuausrichtung der aktionsbezogenen Netzwerke	34
Fortführung des Sprecherrats	34
3.2 Stärkung der Selbsthilfestrukturen	35
Unterstützung von Nachbarschaftsinitiativen	35
Gründung eines Stadtteilvereins	35
3.3 Stabilisierung von Schlüsselprojekten	36
Nachhaltige Nutzung der Begegnungszentren	36
Sicherung der Freiflächenprojekte	37
Qualifizierung der Öffentlichkeitsarbeit	38
Fortsetzung der Image-Kampagne	38
Aufrechterhaltung der Förderkulisse Soziale Stadt	39
3.4 Einrichtung eines Stadtteilbudgets	39
Verfügungsfonds Soziale Stadt	39
Aktionsfonds	40
3.5 Erhalt des Quartiermanagements	41
Sicherung des Quartiermanagements	41
Neuprofilierung des Quartiermanagements	41
Unterstützung bei strategischen Projekten	42
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	44

Einführung

Anlass und Zielstellung

Das Verstetigungskonzept Soziale Stadt für das Brandenburgische Viertel (BV) vertieft und konkretisiert die im Integrierten Programmübergreifenden Stadtentwicklungskonzept für das Brandenburgische Viertel (IPStEK 2009/10) dargestellten Verstetigungsaufgaben (S. 122-126). Das Verstetigungskonzept behandelt daher ausschließlich die mit Unterstützung des Programms Soziale Stadt aufgebauten Angebote und Strukturen sowie deren Verstetigungsbedarfe und –möglichkeiten und stellt keine Fortschreibung des IPStEK 2009/20120 dar.

Der konkrete Verstetigungsbedarf Soziale Stadt für das BV definiert sich aus der städtebaulichen, sozialen und wohnungswirtschaftlichen Entwicklung des Wohngebietes im Kontext des stadtentwicklungspolitisch beschlossenen Rahmens, der im Integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEK), in der Stadtumbaustrategie Eberswalde 2020 und zusammenfassend im IPStEK 2009/10 dargestellt ist. Nach den Perioden der geförderten Gebietsentwicklung seit dem Jahr 1990 wurden im IPStEK 2009/10 (S. 35 u.a.) folgende Entwicklungen im BV herausgehoben:

- anhaltend hoher Anteil von jungen Einwohnerinnen und Einwohnern, überdurchschnittliche Probleme bei der Entwicklung individueller und sozialer Kompetenzen von Kinder und Jugendlichen;
- hoher Bevölkerungsanteil von ALG II-Empfängerinnen und Empfängern, überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit in allen beschäftigungsfähigen Altersgruppen;
- überdurchschnittliche Fluktuation, „Transitgebiet“ für Zugezogene von Außerhalb, anhaltender Rückgang der Gebietsbevölkerung;
- breit gefächertes Freizeitangebot, vielfältige aktions- und themenbezogene Netzwerke im Kultur- und Sozialbereich;
- ausreichende Nahversorgungs- und Sozialberatungsangebote, mangelnde Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote;
- gestiegene Identifikation der Gebietsbevölkerung mit dem Wohngebiet, gutes Gemeinschaftsgefühl;
- geringes bürgerschaftliches Engagement trotz individueller Bereitschaftserklärungen;
- gute Organisation der Zugewanderten bei anhaltenden Bedarfen an individuellen Hilfen und unzureichender Vernetzung im Wohngebiet;
- fehlende Einbindung von kommerziellen Gewerbetreibenden und Dienstleistern in das Gebietsleben;
- anhaltende Imageprobleme des BV in der Außenwahrnehmung, geringer Bekanntheitsgrad der Freizeitangebote in der stadtweiten Wahrnehmung;

- anhaltender Wohnungsleerstand und fortbestehende Rückbaubedarfe;
- großflächige Rückbaubrachen ohne temporäre Zwischennutzung bzw. dauerhafte Umnutzungen.

Als Fazit wurde festgestellt, „dass eine dauerhafte soziale Stabilisierung ... noch nicht gelungen ist“ (IPStEK 2009/10, S. 35).

Die grundlegenden Bewertungen im IPStEK 2009/10 zum Stand der Gebietsentwicklung wurden über die Ergebnisse der Sozialstudie 2011 bestätigt. Zugleich zeigen die Ergebnisse, dass in einzelnen Bereichen zugespitzte Problemlagen bestehen (u.a. schlechte Innensicht der Befragten im BV auf das Gebiet, stagnierende Zufriedenheit – trotz realer Verbesserungen, sehr schwierige wirtschaftliche Lage für große Teile der Gebietsbevölkerung).

Mit dem Abschluss des planmäßig letzten über das Programm Soziale Stadt geförderten investiven Projekts (Umbau Vereinshaus Havellandstraße 2011) ist der „Ausstieg“ aus dem Förderprogramm Soziale Stadt von Seiten der Kommune anvisiert. Der Ausstieg muss allerdings vor dem Hintergrund der bis zum Jahr 2015 bewilligten Fördermittel und den heutigen bis zum Jahr 2020 greifenden Stadtumbauplanungen als längerfristiger Prozess verstanden werden, in dem die programmgebundenen Finanzhilfen für soziokulturelle Umstrukturierungen nach dem Jahr 2015 entfallen, die besondere logistische Unterstützung der Gebietsentwicklung im BV aber erhalten bleiben sollte.

Vor diesem Hintergrund ist die Zielstellung des Verstetigungskonzeptes Soziale Stadt für das BV eine frühzeitige Bestimmung der Schwerpunktaufgaben und der konkreten Handlungsempfehlungen zur Sicherung und Anpassung aufgebauter und weiterhin wichtiger Strukturen und Angebote der Sozialen Stadt.

Methodisches Vorgehen

Wesentliche Fragestellungen, die bei den Analysen und Untersuchungen zum Verstetigungskonzept eine Rolle spielten und sich in der bundesweiten Praxis als zentrale Handlungsfelder im Verstetigungsprozess der Sozialen Stadt herausgebildet haben, waren:

- Welche Akteursnetzwerke sollen aufrechterhalten bzw. in der Weiterarbeit unterstützt werden?
- Bedarf es einer weiteren Stabilisierung der gebildeten bürgerschaftlichen Selbsthilfestrukturen?
- Welche Schlüsselprojekte müssen finanziell abgesichert werden und/oder in eine stabile Trägerschaft überführt werden?
- Ist die Beteiligung der Gebietsbevölkerung und die Unterstützung von lokalen Akteurinnen und Akteuren über ein dezentrales finanzielles Budget weiterhin zu befördern?
- Ist ein Quartiersmanagement als „Motor“ der Koordinierungs-, Vermittlungs- und Beratungsfunktion im Gebiet weiter zu gewährleisten?

Das vorliegende Verstetigungskonzept gibt Antworten auf diese Fragestellungen, wobei der Schwerpunkt der analytischen und konzeptionellen Arbeit bei den strategisch bedeutsamen Verstetigungsaufgaben lag. Im Konzept erfolgt daher die Darstellung des Kontextes für die Verstetigung (Schwerpunkte der Sozialen Stadt seit dem Jahr 1999, Stand der Gebietsentwicklung und Aufgaben für die Zukunft) in knapp gehaltener Form. Die einzelnen Verstetigungsaufgaben sind dagegen in ihrer Herleitung und Umsetzung umfassender dargestellt, wobei auf die Aussagen zur Verstetigung des IPStEK 2009/2010 Bezug genommen wird (S. 122-126).

Grundlagen für die Erarbeitung des Verstetigungskonzeptes bildeten:

1. die Auswertungen der vorliegenden Konzepte der Sozialen Stadt für das BV, insbesondere des IPStEK 2009/10, indem eine Programmevaluierung und Aussagen zur Verstetigung der Sozialen Stadt integriert sind;
2. die Ergebnisse von Gesprächen mit 33 Vertreterinnen und Vertretern von 23 örtlich wirkenden Vereinen, Einrichtungen und Institutionen im Zeitraum von Mai bis November 2011;
3. die Ergebnisse der zeitgleich bearbeiteten Sozialstudie für das Brandenburgische Viertel - Eberswalde / Vergleich mit anderen Stadtteilen, in der auch die Wahrnehmung der Sozialen Stadt, die Nutzung der geförderten Projekte und der Mitwirkungsangebote untersucht wurden.

Die Erarbeitung des Verstetigungskonzeptes wurde von einer Projektgruppe begleitet, bei der, unter Federführung des Stadtentwicklungsamtes, das Amt für Bildung, Jugend und Sport sowie die von der Stadt beauftragte StadtBüro Hunger, Stadtforschung und –entwicklung GmbH eingebunden waren.

Der erste erarbeitete Stand der Handlungsempfehlungen zur Verstetigung wurde im August 2011 dem Sprecherrat sowie dem Ortsvorsteher zur Verfügung gestellt und um Positionierungen gebeten. Drei Stellungnahmen konnten über diesen Weg gewonnen werden.

Am 30. November 2011 fand mit Beteiligung des 1. Beigeordneten, des Ortsvorstehers, Vertretungen der Wohnungsunternehmen und von ausgewählten sozialen Einrichtungen und Angeboten im BV sowie dem StadtBüro Hunger eine Strategierunde statt. In der Runde wurden Handlungsempfehlungen für einzelne Verstetigungsaufgaben abgestimmt.

Das Verstetigungskonzept soll den Rahmen bilden für den darauf aufbauenden Verstetigungsprozess, der ab Anfang des Jahres 2012 intensiv laufen sollte. Hinsichtlich seiner Maßnahmenempfehlungen richtet sich das Konzept gleichermaßen an:

- die Kommune und weitere öffentlich-rechtliche (Gebiets-)Körperschaften und Institutionen (u.a. Landkreis, Land, Bund),
- die örtlich wirkenden Initiativen, Vereine und Einrichtungen,
- die örtlich gebundenen Gewerbetreibenden und Eigentümerinnen sowie
- die Bewohnerinnen und Bewohner des BV.

Da eine Reihe von Maßnahmen sowie die Umsetzung maßgeblich in der Verantwortlichkeit der Kommune bzw. der Stadtverwaltung liegen, wird ein Selbstbindungsbeschluss für die generellen Handlungsempfehlungen des Verstetigungskonzeptes empfohlen. Konkrete Einzelmaßnahmen und Einzelvorschläge sollten vom Beschluss ausgenommen werden.

Zugleich wird darauf verwiesen, dass die Verstetigung ein offener Prozess ist und in der Umsetzung regelmäßig nachgesteuert werden muss. Entsprechend ist - wie für die Umsetzung des Programms Soziale Stadt als Ganzes - auch für den Verstetigungsprozess eine Erfolgskontrolle und eine transparente Darstellung des Handelns unabdingbar.

1. Schwerpunkte der Sozialen Stadt im Brandenburgischen Viertel seit dem Jahr 1999

1.1 Umsetzungsphasen

Aufbau- und Experimentphase zwischen den Jahren 1999-2005

Während der „Aufbau- und Experimentphase“ der Sozialen Stadt im BV wurden vor allem neue Angebote eingerichtet, um stadtbau- und demographisch bedingte Problemlagen zu bewältigen und neue Arbeits- und Beteiligungsstrukturen vor Ort zu erproben.

Mit dem „Eberswalder Weg“, einer Fokussierung der Förderung Soziale Stadt vor allem auf kleinteilige und bürgergetragene Maßnahmen, sollte eine optimale Lebensnähe bei der Programmumsetzung erreicht werden. In dieser Phase wurden zugleich die ersten investiven Schlüsselprojekte realisiert (Teilumbau einer Kita zum Bürgerzentrum, Anlage des Verkehrsgartens).

Durch das Engagement des eingerichteten Quartiermanagements konnten familienunterstützende Netzwerke, das Stadtteilmagazin „EinBlicke-AusBlicke“ und Bürgerfeste etabliert werden. Konzeptionelle Grundlage war dabei das ausschließlich auf das BV bezogene integrierte Handlungskonzept „Netzwerk Zukunft“ aus dem Jahr 2002.

Konsolidierungsphase ab dem Jahr 2006

Mit dem IPStEK 2006 wurde die Gebietsentwicklung im BV konzeptionell in den gesamtstädtischen Kontext gestellt und der Übergang vom Plattenbauquartier zum „grünen Quartier“ als Leitbild für die Gebietsentwicklung vereinbart. Als Leitziele wurden festgelegt:

- Entwicklung einer attraktiven, zukunftsfähigen städtebaulichen Struktur unter Berücksichtigung gesamtstädtischer Anforderungen der Wohnungsmarktkonsolidierung;
- Erhöhung der Bildungs- und Integrationschancen der Bewohnerinnen und Bewohner auf dem Arbeitsmarkt;
- Sicherung der wohnortnahen Einzelhandels-Grundversorgung;
- bedarfs- und nachfragegerechter Ausbau sozialer Beratungs-, Unterstützungs- und Kommunikationsangebote;
- zielgruppenspezifischer Ausbau von Freizeitangeboten;
- Stärkung einer beteiligungs- und dialogorientierten Öffentlichkeitsarbeit im und außerhalb des BV;
- Verbesserung der Bürgermitwirkung;
- Analyse teilsräumlicher und zielgruppenbezogener Veränderungsprozesse und der Wirkungen einzelner Soziale-Stadt-Projekte;
- Überprüfung der gesetzten Stadtentwicklungsziele.

Mit der Anlage der Aktionsfläche am Jugendclub und dem Umbau eines Wohngebäudes zum Begegnungszentrum „Freizeitschiff“ konnte die bedarfsgerechte Anpassung der soziokulturellen Infrastruktur weitestgehend abgeschlossen werden. Zum Fazit der Zwischenevaluierung des Programms Soziale Stadt im Rahmen des IPStEK 2009/10 gehörte die Feststellung, dass im Handlungsfeld „Optimierung der sozialen Infrastruktur, Unterstützung der Stadtteilkultur“ erhebliche Fortschritte erreicht wurden.

In der „Konsolidierungsphase“ der Sozialen Stadt konnte auch bei der „Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung“ durch gezielte externe Unterstützung Kontinuität erreicht werden, jedoch ohne dauerhafte und selbsttragende Strukturen zu entwickeln. In den Jahren 2003 bis 2008 zielten 56 bzw. 35 Prozent der kleinteiligen Maßnahmen Soziale Stadt auf diese Bereiche (IPStEK 2009/10, S. 11). Hinsichtlich des Grades der Zielerreichung in Bezug zu den Leitzielen des IPStEK 2006 zeichneten sich zugleich in den Handlungsfeldern „Stadtumbau und Wohnumfeldverbesserung“ und „Förderung der lokalen Wirtschaft und des Einzelhandels, von Arbeit und Beschäftigung“ weitere Handlungsbedarfe ab (IPStEK 2009/10, S. 70).

Während die Handlungsfelder der Gebietsentwicklung 2006 im IPStEK 2009/10 weitestgehend übernommen wurden, mussten die Handlungsziele präzisiert werden, um langfristig eine Verstetigung der Programmergebnisse der Sozialen Stadt zu ermöglichen. Weiterer Handlungsbedarf wurde vor allem im nicht-investiven Bereich signalisiert – unter anderem bei der Stärkung der Sozialkompetenz / Selbsthilfemöglichkeiten von Familien, der Verbesserung der vorschulischen Bildung und des Außenimages des BV.

Verstetigungsphase

Bereits im IPStEK 2009/10 wurde der Übergang in ein mehrjähriges „fading out“ zur Verstetigung der Sozialen Stadt und zum Ausstieg aus der Förderung signalisiert, ohne die Gesamtlaufzeit des Förderprogramms verbindlich festzulegen. Aufgrund üblichen Programmlaufzeiten kann von einer durchschnittlichen Förderdauer von zwölf Jahren ausgegangen werden, so dass ab dem Jahr 2011 der geordnete Übergang in eine Verstetigung und deren Kommunikation gegenüber Gemeinwesenakteurinnen und -akteuren sowie Bürgerschaft einsetzen sollte. Die insgesamt rückläufigen Fördermittelbewilligungen von Bund und Land im Programm Soziale Stadt und speziell für das BV bestätigen diese zeitliche Orientierung.

Die Erarbeitung eines Verstetigungskonzeptes inklusiv der „erforderlichen Diskussionen, Abstimmungen und Vereinbarungen“ (IPStEK 2009/10, S. 122) in einem einjährigen Kommunikationsprozeß gilt als erforderliche Basis einer nachhaltigen Programmumsetzung. Als Kernpunkte eines Verstetigungskonzeptes wurden thematisiert (IPStEK 2009/10, S. 123):

- Identifizierung strategiesichernder Gemeinwesenakteure/akteurinnen (Netzwerk) oder Neugründung einer Stadtteilorganisation (Bürgerverein), Weiterentwicklung des Sprecherrates zu einem beratenden Stadtteilgremium;
- Überführung wichtiger Projekte in eine gesicherte Finanzierung;
- Eruierung von Möglichkeiten der Freiwilligenarbeit und lokaler Partnerschaften mit Unternehmen / Gewerbetreibenden;

- Prüfung von Fördermöglichkeiten durch Stiftungen und Hilfswerke;
- Erstellung einer kommunalen Richtlinie für den Verfügungsfond.

Als Arbeitsschritte des Verstetigungskonzepts wurden die Bestimmung erhaltenswerter Strukturen und Projekte, die Diskussion neuer Trägermodelle, die Kommunikation in Stadtteil und Kommunalpolitik sowie die Regelung verbindlicher Kooperationen und Finanzierungen empfohlen.

Bereits im IPStEK 2009/10 wird der dringliche Absicherungsbedarf von Schlüsselprojekten der Sozialen Stadt differenziert angezeigt. So galten Stadtteillfeste, Verkehrsgarten, Aktionsfläche und Weihnachtsmarkt als kurzfristig gesichert, während für Stadtteilmagazin, Ferienspiele, Sprecherrat, Familienfahrten und Kleiderkammer eine langfristige Perspektive ungeklärt schien. Zusätzlich wurde darauf aufmerksam gemacht, dass sich in den Begegnungszentren (Freizeitschiff, Vereinshaus Havelandstraße) die „Vereine teilweise in prekärer finanzieller Situation“ befanden (IPStEK 2009/10, S. 123 ff).

Zugleich sind im IPStEK 2009/10 Aufgaben dargestellt, die weiterhin im Fokus der sozialorientierten Gebietsentwicklung stehen. Ihre Lösung können als Voraussetzung betrachtet werden, um einen vollständigen Übergang von der Konsolidierungs- zur Verstetigungsphase zu vollziehen. Anders betrachtet, gibt es parallel zu den Verstetigungserfordernissen im Rahmen der Sozialen Stadt Kernaufgaben, die weiterhin zu lösen sind (IPStEK 2009/10, S. 87 ff). Dazu gehören:

- Stärkung der Ausbildungs- bzw. Arbeitsfähigkeit und der beruflichen Integration der Bewohnerinnen und Bewohner;
- Aktivierung breiter Gruppen von Bewohnerinnen und Bewohnern;
- Aufbrechen des Negativimages des BV;
- Profilierung des BV als gesamtstädtischer Standort von Sport- und Freizeiteinrichtungen.

1.2 Bilanz der eingesetzten Mittel Soziale Stadt zwischen den Jahren 1999-2011

Im folgenden Abschnitt wird ein Überblick über den Umfang der eingesetzten finanziellen Förderung des Programms Soziale Stadt gegeben, der die Schwerpunkte der Soziale Stadt im BV verdeutlicht.

Tab. 1.1: Verteilung des Mitteleinsatzes Soziale Stadt 1999-2011 nach Handlungsschwerpunkten (Zweckbindungsfristen vgl. Ergänzungsblatt Seite 43)

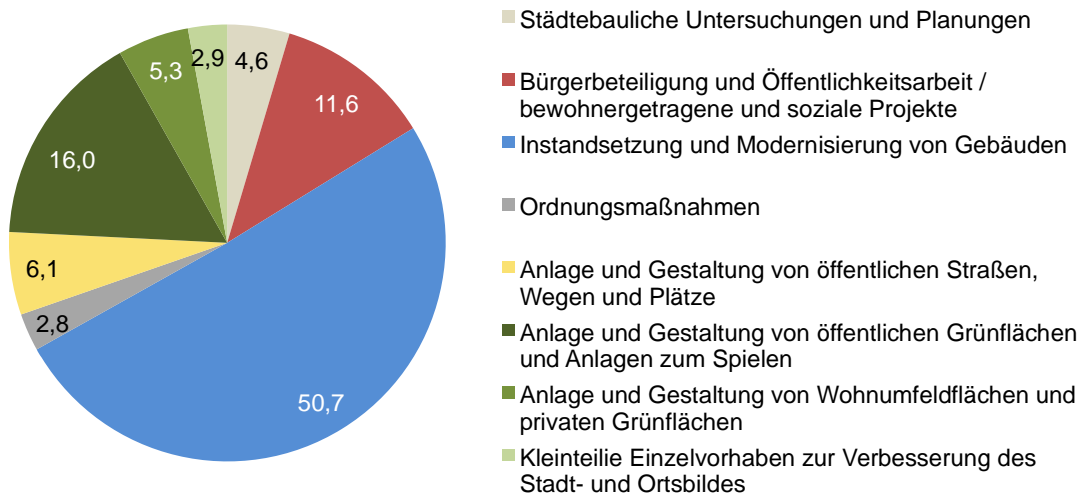
Fördergegenstand	Mitteleinsatz*	Handlungsschwerpunkte	Projektbeispiele
Städtebauliche Untersuchungen und Planungen	144.600 Euro	Anpassung und Verstetigung des Förderprogramms	Erstellung des IHK, von IPStEK 2006 und 2009/2010, Sozialstudien 1999 und 2011, Verstetigungskonzept
Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit bewohnergetragene und soziale Projekte	204.400 Euro	Imageverbesserung, Förderung von Bürgerinitiativen und soziokultureller Angebote	Förderung von Stadteilfesten, von Familienfahrten und Ferienangeboten, Tandem-Sprachförderung, Schüler-Theater-Fotoprojekt, Stadteilmagazin, Imagebroschüre ...
	162.000 Euro	Förderung der Integration in Beschäftigung und von Hilfsangeboten	Netzwerk für wirtschaftlich schwächer gestellte Hilfesuchende (Arbeitslosenservice), Mütter-Väter-Kind-Café
Instandsetzung und Modernisierung von Gebäuden	1.600.300 Euro	Umnutzung und Anpassung von Gebäuden der sozialen Infrastruktur	Umbau und Einrichtung von Bürgerzentrum und Vereinshaus Havellandstraße
Ordnungsmaßnahmen	87.400 Euro	Rückbau von Infrastruktureinrichtungen	Rückbau von Schulgebäude und Stilllegung von Straßen
Anlage und Gestaltung von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen	193.000 Euro	Neuordnung von Wegebeziehungen	Erarbeitung Wegenetzkonzept, Gestaltung von Gehwegen, Aufstellen von Sitzbänken
Anlage und Gestaltung von öffentlichen Grünflächen und Anlagen zum Spielen von Kindern und Jugendlichen	507.000 Euro	Aktivierung von Brachflächen für Erholung und Freizeitgestaltung	Herstellung der Aktionsfläche, des Verkehrsgartens und des Generationenparks
Anlage und Gestaltung von Wohnumfeldflächen und privaten Grünflächen in Mietwohnungsgebieten	169.300 Euro	Neugestaltung von Rückbauflächen	Freiflächengestaltungen am Freizeitschiff und am Dietrich-Bonhoeffer-Haus
Kleinteilige Einzelvorhaben zur Verbesserung des Stadt- und Ortsbildes	91.000 Euro	Verbesserung des Wohnumfeldes und der Freizeitangebote im Freien	Fußballplatz, Beachvolleyballanlage, Treffpunkte im Freien
Gesamt	3.159.000 Euro		

* Stichtage: 22.12.1999 bis 10.11.2011, Mittel = Fördermittel mit Finanzierungsanteile jeweils ein Drittel Bund/Land/Kommune

Insgesamt betrachtet, konnte die Soziale Stadt im BV eine gute Bandbreite an baulich investiven und sozialen nicht-investiven Handlungsfeldern bedienen. Der Hauptteil der Investitionen und des gesamten Mitteleinsatzes konzentrierte sich auf die Schaffung (Umbau, Sanierung) und Qualifizierung (Freiflächengestaltungen) von Begegnungszentren und umfasst rund 1.770.000 Euro bzw. 56 Prozent des gesamten Fördermitteleinsatzes. Ein weiteres umfassendes Maßnahmenpaket war auf die Verbesserung der Freiflächenangebote für Erholung, Sport und Spiel konzentriert. Es umfasste rund 598.000 Euro bzw. 19 Prozent des gesamten Fördermitteleinsatzes.

Zwar fällt der Mitteleinsatz für soziale nicht-investive Maßnahmen mit rund 366.000 Euro bzw. rund 12 Prozent deutlich geringer aus, als für baulich investive Maßnahmen, es muss aber beachtet werden, dass das Quartiermanagement im BV vollständig (Personal- und Sachkosten) über kommunale Mittel finanziert wird und nicht über das Programm Soziale Stadt.

Abb. 1.1: Verteilung des Mitteleinsatzes Soziale Stadt 1999-2011 nach Handlungsschwerpunkten (Angaben in Prozent)



Die vergleichsweise umfangreichen sehr kleinteiligen Förderungen im sozialen nicht-investiven Bereich der Sozialen Stadt sind auch im Zusammenhang mit den ESF-Partnerprogrammen der Sozialen Stadt „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (2003-2008) und „STÄRKEN vor Ort“ (2009-2011) zu betrachten, wobei über das letztgenannte Programm auch Projekte in Stadtmitte unterstützt wurden.

1.3 Sicht der örtlich wirkenden Akteurinnen und Akteure zum Programm und zur Verstetigung

Anhand eines Leitfadens wurden Interviews mit 33 Vertreterinnen und Vertretern von 23 örtlich wirkenden Vereinen, Einrichtungen und Institutionen im Zeitraum von Mai bis November 2011 durchgeführt. In den Interviews wurde insbesondere die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Maßnahmen der Sozialen Stadt, die Einbindung von Vereinen und Einrichtungen in die Programmstrategie für das BV sowie ihre Vernetzung, Aktivierung und Perspektive im Wohngebiet hinterfragt.

Mitwirkung und Identifikation mit der Sozialen Stadt

Bei den Fragen nach dem Beginn ihrer Aktivitäten im BV und ihrer Mitwirkung in der Sozialen Stadt betonte eine Mehrzahl der Interviewten, dass ihre Aktivitäten bereits vor dem Programmstart im Jahr 1999 begannen und eine programmunabhängige Regelfinanzierung ihrer Angebote erfolgt (Diakonie Barnim / Uckermark, AWO, Ev. Kirchengemeinde Finow, Grundschule „Schwäzensee“, Bund der Vertriebenen). Der Verbleib dieser Träger im Fördergebiet der Sozialen Stadt ist langfristig gesichert, auch wenn deren Einzelprojekte, abhängig von der Bedarfs- und Haushaltslage, durchaus einem Wandel unterliegen können.

Als Akteurinnen und Akteure der Sozialen Stadt begriffen sich vor allem jene, die in der Vergangenheit zum Teil erhebliche finanzielle oder logistische Unterstützung aus diesem Programm in Anspruch genommen haben (SV Medizin, Pokerclub, ALV, Kleiderkammer & sozialer Service e.V., Familienzentrum).

Hier gab es auch die höchste Wertschätzung für das Förderprogramm, ohne dessen Unterstützung viele Angebote nicht hätten installiert werden können (Pokerclub: Ferienfahrten; Braun-Weiße Piraten: Mütter-Väter-Kinder-Café; Familienzentrum: Familienausflüge; SV Medizin: Sanierung Trainingsräume; Kleiderkammer & sozialer Service e.V.: Kleiderkammer).

Vernetzung und Zusammenarbeit

Die Vernetzung wurde als wichtiges Resultat der Programmaktivitäten angesehen. Gleichwohl wurden bei der Frage nach den weiterhin zu pflegenden Netzwerken nur die familienorientierten genannt. Auffällig blieb, dass es jenseits der vom Quartiermanagement betreuten Zusammenarbeit kaum Kooperationen im „Tagesgeschäft“ der Vereine und Initiativen gibt. So erklärt sich auch die von mehreren Einrichtungen signalisierte Verunsicherung zur Perspektive kleinteilig geförderter Freizeitangebote (Familienausflüge, Ferienspiele, Ferienfahrten).

Wirkungen auf die Imagebildung

Die Imagebildung für das BV sehen fast alle Interviewten äußerst kritisch. Beklagt wurde die mangelhafte und / oder negative Außenwahrnehmung des BV. Einen Zusammenhang zwischen den geförderten Aktivitäten des Vereins / der Einrichtung im Gebiet und der möglichen Imageverbesserung nach Außen wollte nur der SV Medizin herstellen. Als einzige Maßnahmen der Sozialen Stadt mit positiver Außenwirkung wurden der alljährliche Weihnachtsmarkt und die etablierten Sportangebote benannt.

Resonanz der unterstützten Angebote

Diese Aussagen korrelieren mit den Feststellungen zur Resonanz und Breitenwirkung der Angebote. Mehrheitlich haben sich die Vereine / Einrichtungen mit den Bedingungen vor Ort arrangiert. Insbesondere die aus dem Quartier selbst gewachsenen Selbsthilfegruppen / Vereine erfüllen Bedarfe ihres Umfelds, aus dem die meisten ihrer Besucherinnen und Besucher kommen. Ambitionen zur stadtweiten Ausstrahlung wurden noch nicht entwickelt (Young Rebels, Pokerclub, Braun-Weiße Piraten, Kontakt e.V., Familienzentrum).

Dieser Umstand ist vor allem durch die ungesicherte finanzielle und personelle Absicherung dieser Angebote erklärbar, angesichts der teilweise erheblichen Investitionen in die räumliche Infrastruktur (Verkehrsgarten, Aktionsfläche, Begegnungszentren) ist deren nachhaltige Nutzung jedoch problematisch.

Perspektive der Sozialen Stadt

Mit Blick auf die Perspektive der Sozialen Stadt sprechen sich die Mehrzahl der Interviewten auch nach Beendigung der aktiven Förderung für den Erhalt von:

- Quartiermanagement und Kontaktbüro,
- des Stadtteilmagazins „EinBlicke-AusBlicke“ und
- der Stadtteilstufe

aus. Nur zwei Nennungen gab es für die Begegnungszentren (Freizeitschiff, Bürgerzentrum, Vereinshaus Havellandstraße). Selbst von den Nutzerinnen und Nutzern dieser Investitionen wurden diese nicht bei den „unverzichtbaren Projekten“ benannt. Erklärlich ist dieser Umstand nur über eine unzureichende Kommunikation dieser Einrichtungen als Maßnahmen der Sozialen Stadt. Andere Einzelmaßnahmen der Sozialen Stadt wurden zur Fortführung nur von Vereinen / Einrichtungen benannt, die dort selbst eingebunden sind (Eltern-Kind-Zentrum, Familienzentrum: Ferienspiele, Familienangebote).

Ambivalent blieb die Einschätzung des Sprecherrats als maßgebliches Beratungs- und Entscheidungsgremium der Sozialen Stadt im BV. Während es von Fördermittelempfängern als „erhaltenswert“ eingestuft wurde, zweifelten fördermittelunabhängige Träger Problemwahrnehmung und Problemlösungskompetenz des Sprecherrats an.

Probleme der Programmumsetzung

Damit wurden auch einige Probleme der bisherigen Programmumsetzung thematisiert. So bemängelten einige Interviewten die Wahrnehmung ihrer Angebote und Projekte durch die Bürgerschaft des BV. Der Sprecherrat wird in diesem Zusammenhang eher als Verwaltungsinstitution und weniger als Bürgervertretung verstanden.

Gewünscht wird jedoch eine stärkere Aktivierung der Einwohnerinnen und Einwohner des BV. Möglicherweise könnte dies durch eine zielgruppennähere Ansprache gelingen. Diese Einschätzung ist nicht unproblematisch, da sich viele Einrichtungen / Angebote auf „soziokulturelle Nischen“ spezialisiert haben. Hier müssten schon deren Träger aus Eigeninteresse heraus selbständig Möglichkeiten der Zielgruppenansprache entwickeln.

Für die weitere Entwicklung des BV scheint der Gesamtblick auf die Problemlagen des Gebietes und die Einbindung in die alltägliche Arbeit entscheidender zu sein. Derartige strategische Überlegungen waren in den Gesprächen eher die Ausnahme (SV Medizin, WBG, Quartiermanagement, Grundschule „Schwärzensee“, Ortsvorsteher).

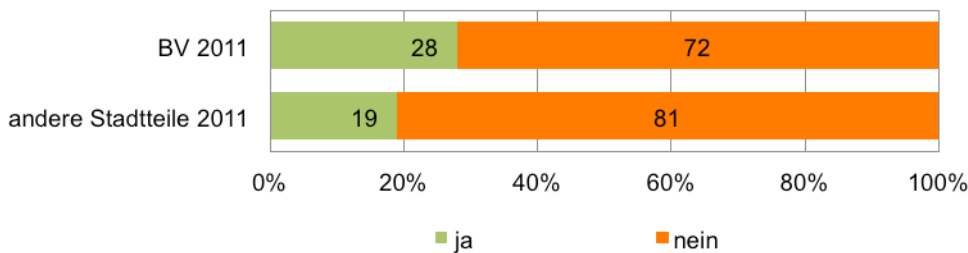
1.4 Wahrnehmung der Sozialen Stadt aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner

Im Rahmen der Erstellung der Sozialstudie Brandenburgisches Viertel / Vergleich mit anderen Stadtteilen erfolgte im Juli und August 2011 eine Einwohnerbefragung, bei der im BV rund 350 und in vier weiteren Stadtteilen 400 Haushalte schriftlich interviewt wurden.¹ Eingebettet in die Befragung waren Fragenkomplexe, die sich speziell auf das Programm Soziale Stadt bezogen. Aus den Ergebnissen lassen sich Rückschlüsse für die Wirksamkeit der bisherige Programmumsetzung und die Verstetigung ableiten.

Bekanntheitsgrad des Programms und seiner Maßnahmen

Die Interviewten im BV und in den anderen Stadtteilen wurden nach dem Bekanntheitsgrad zum Programm Soziale Stadt und den umgesetzten Maßnahmen befragt.

Abb. 1.2: Frage: „Im Brandenburgischen Viertel läuft seit 1999 das Stadtentwicklungsprogramm Soziale Stadt. Fühlen Sie sich über das Programm Soziale Stadt und die umgesetzten Maßnahmen ausreichend informiert?“ (Angaben in Prozent, BV n = 331, andere Stadtteile n = 370)



Im BV gaben 28 Prozent und in den anderen Stadtteilen 19 Prozent an, dass sie sich ausreichend informiert fühlen. Für das BV muss daher festgestellt werden, dass der Bekanntheitsgrad der Sozialen Stadt nicht hoch ist, wie auch Vergleiche aus anderen Kommunen auf die Fragestellung zeigen.

In der Einwohnerbefragung 2010 in der Senftenberger Innenstadt zum Bekanntheitsgrad des Programms Soziale Stadt und seiner Maßnahmen gaben 46 Prozent aller Befragten an, dass sie sich ausreichend informiert fühlen.² In der Einwohnerbefragung 2008 in Luckenwalde im Rahmen eines Gutachtens zur Ex-Post-Bewertung des Programms URBAN II lag der stadtweite Bekanntheitsgrad des Programms und der Projekte bei 60 Prozent.³

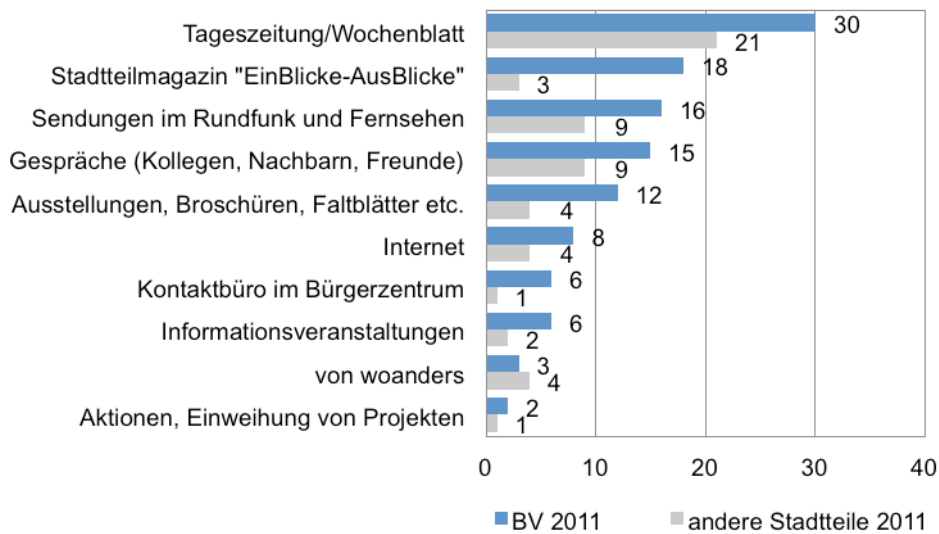
Befragt nach den Informationsquellen zeigt sich, dass vor allem die freie Presse einen hohen Stellenwert hat. 30 Prozent der im BV und 21 Prozent der in anderen Stadtteilen Interviewten beziehen ihre Information zur Sozialen Stadt aus diesen Medien.

¹ Vgl. dazu: Sozialstudie Brandenburgisches Viertel - Eberswalde / Vergleich mit anderen Stadtteilen. Zu den anderen Stadtteilen gehören: Finow, Westend, Stadtmitte, Leibnizviertel.

² Vgl. dazu: Integriertes Handlungskonzept Westliche Innenstadt / Senftenberg, Fortschreibung 2010

³ Vgl. dazu: Ex-Post-Bewertung des Programms der Stadt Luckenwalde im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN II - Gutachten zur Entwicklung der städtischen Identität, 2008

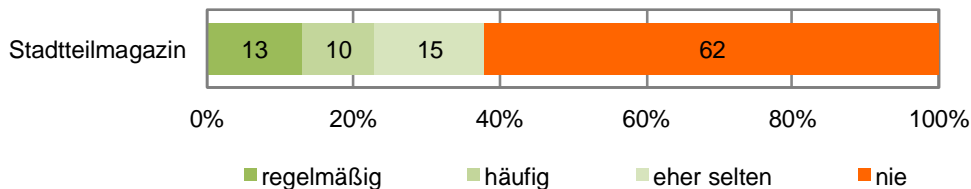
Abb. 1.3: Frage: „Wenn ja, woher haben Sie Ihre Informationen?“ (Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich, BV n = 356, andere Stadtteile n = 404)



Das im Jahr 2009 neustrukturierte und seitdem monatlich erscheinende Stadtteilmagazin „EinBlicke-AusBlicke“ nutzen im BV 18 Prozent der Interviewten als Informationsquelle. Das Stadtteilmagazin wird an alle Haushalte im BV verteilt. Es folgen Sendungen im Rundfunk und Fernsehen (16 Prozent), Gespräche mit Kollegen, Nachbarn und Freunden (12 Prozent) sowie Ausstellungen, Broschüren, Faltblätter (12 Prozent).

Zum Stellenwert des Stadtteilmagazins für das BV gibt auch folgendes Ergebnis der Befragung Aufschluss. 38 Prozent der Befragten im BV lesen das Magazin, nur ein knappes Viertel (23 Prozent) regelmäßig bis häufig. Damit spiegelt sich der finanzielle und logistische Aufwand für die Herausgabe des Magazins nur begrenzt in dessen Nutzungsgrad wider.

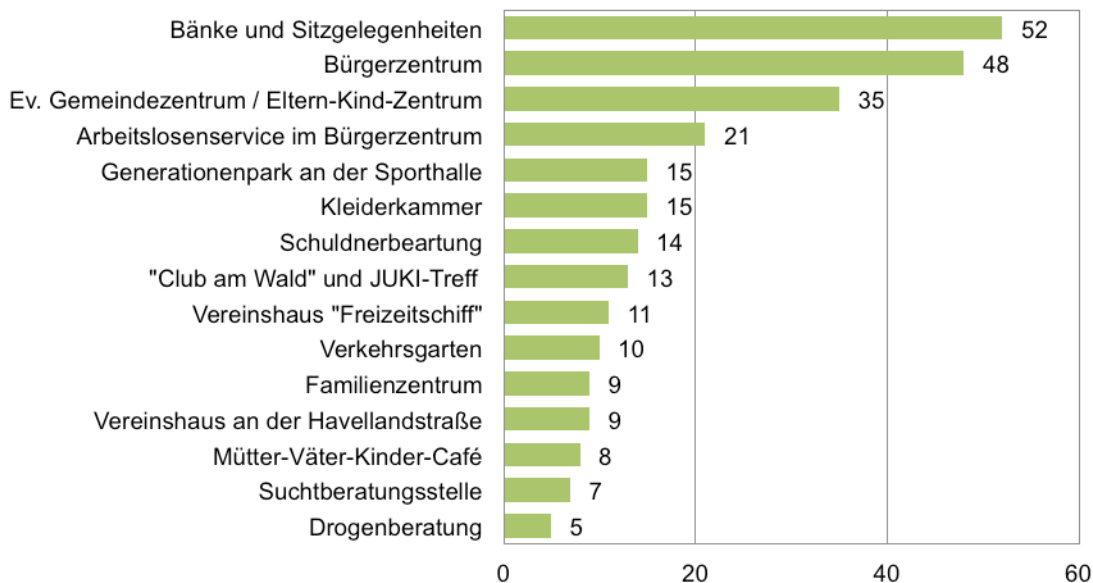
Abb. 1.4: Frage: „Im Programmgebiet „Soziale Stadt“ wurden eine Reihe von baulichen, sozialen und kulturellen Maßnahmen umgesetzt. Bitte geben Sie an, wie häufig Sie das jeweilige Angebot nutzen.“ Stadtteilmagazin (Angabe in Prozent, BV n = 198)



Nutzungen der realisierten Maßnahmen der Sozialen Stadt

Die Interviewten im BV wurden gebeten, Angaben zur Nutzung der über das Programm Soziale Stadt realisierten Maßnahmen zu machen.

Abb. 1.5: Frage: „Im Programmgebiet „Soziale Stadt“ wurden eine Reihe von baulichen, sozialen und kulturellen Maßnahmen umgesetzt. Bitte geben Sie an, wie häufig Sie das jeweilige Angebot nutzen.“ (Angabe der zusammengefassten Nutzungen: „regelmäßig“, „häufig“, „eher selten“ - in Prozent, BV n = 187-214.)



Im Ergebnis zeigt sich, dass die realisierten Nachrüstungen im Wohnumfeld (Bänke und Sitzgelegenheiten) sehr stark wahrgenommen werden. Dieser Befund belegt, wie auch andere Antworten im Rahmen der Befragung, dass Maßnahmen im Wohnumfeld einen sehr hohen Stellenwert im BV haben.

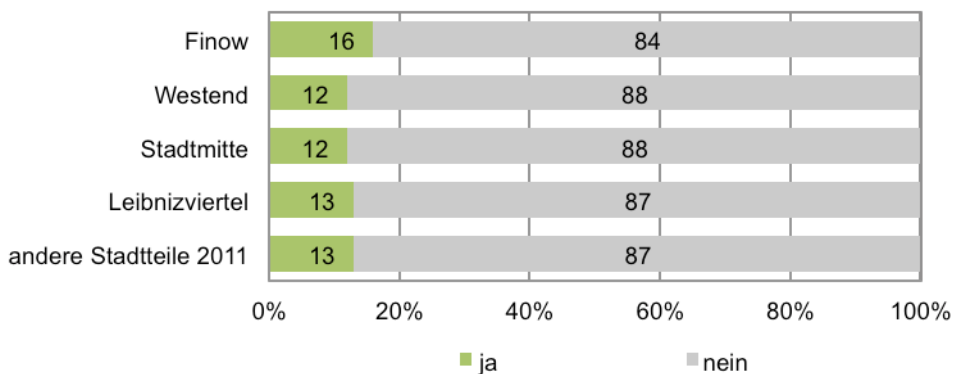
Bei den großen neuen Begegnungsstätten hat das Bürgerzentrum den größten Nutzungsgrad, was auch für die Zukunft dieses Standortes ein sehr wichtiger Befund ist. Über 48 Prozent der Befragten nutzen diese Einrichtung in unterschiedlicher Intensität. Als Begegnungsstätten mit Mehrfachangeboten folgen der Komplex Evangelisches Gemeindezentrum / Eltern-Kind-Zentrum (35 Prozent), das Freizeitschiff (11) sowie das Vereinshaus Havellandstraße (9). Die beiden „jüngsten“ Begegnungsstätten Freizeitschiff und Vereinshaus Havellandstraße fallen im Vergleich zu den länger etablierten Standorten (Evangelisches Gemeindezentrum, Bürgerzentrum) deutlich zurück.

Der Arbeitslosenservice im Bürgerzentrum zeigt sich als ein ausgesprochen gut angenommenes Angebot. Gut jeder fünfte Interviewte (21 Prozent) hatte Kontakt mit diesem Angebot. Diese Einschätzung gilt auch für die spezialisierten Kontakt- und Hilfestellen: Schuldner- (14), Sucht- (7) und Drogenberatung (5). Bei den auf bestimmte Zielgruppen spezialisierten Begegnungsstätten ergibt sich hinsichtlich des Nutzungsgrades folgende Rangfolge: „Club am Wald“ und JUKI-Treff (13), Familienzentrum (9) und Mütter-Väter-Kinder-Café (8).

Bei den geschaffenen spezialisierten Angeboten im Freiraum zeigt sich folgender Nutzungsgrad: 15 Prozent der Interviewten nutzen in unterschiedlicher Häufigkeit den Generationenpark an der Sporthalle und 10 Prozent den Verkehrsgarten.

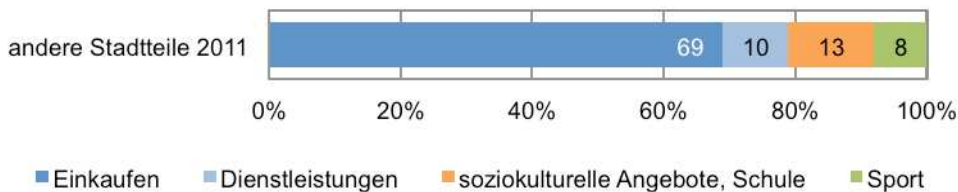
Der Aufbau und die Unterstützung von neuen soziokulturellen Freizeitangeboten im BV erfolgte, um auf offenkundige Ausstattungsdefizite zu reagieren. Zugleich sollte auch mit Blick auf die Gesamtstadt das Profil des BV als Freizeitstandort in Eberswalde geschärft werden. In den anderen Stadtteilen wurde daher befragt, ob und welche Angebote und Einrichtungen im BV genutzt werden.

Abb. 1.6: Frage: „Nutzen Sie Angebote und Einrichtungen im Brandenburgischen Viertel?“ (Angaben in Prozent, andere Stadtteile n = 376)



13 Prozent der Interviewten in den anderen Stadtteilen gaben an, dass sie Einrichtungen und Angebote im BV aufsuchen. Dabei liegt der Anteil der Interviewten in Finow, dem Nachbarstadtteil des BV, mit 16 Prozent kaum höher als in den anderen Stadtteilen: Westend und Stadtmitte 12 Prozent, Leibnizviertel 13 Prozent.

Abb. 1.7: Frage: „Wenn ja. Welche Angebote?“ (Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich, andere Stadtteile n = 85)

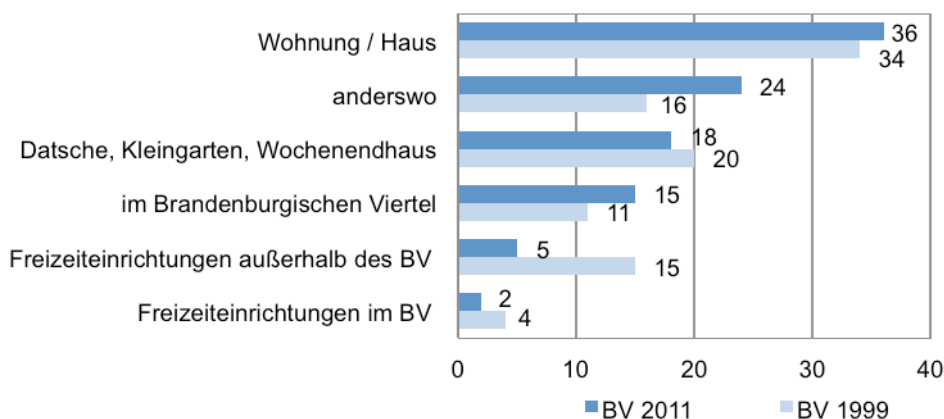


Bei den genutzten Einrichtungen und Angeboten dominieren Einkaufen und Dienstleistungen mit 79 Prozent. Die Nutzung von soziokulturellen, bildungsbezogenen bis hin zu Sportangeboten umfassen 21 Prozent. Bei den Angaben der konkreten Einrichtungen im soziokulturellen Bereich zeigt sich keine besondere Fokussierung auf eine Einrichtung. Etwas häufiger wurden das Freizeitschiff und das Evangelische Gemeindezentrum (Nennungen aus Finow) benannt. Aus den Ergebnissen lässt sich schlussfolgern, dass in der Wahrnehmung der Befragten das BV bisher kein besonderes Profil über den Aufbau bzw. die Konzentration von Freizeiteinrichtungen mit stadtweiter Ausstrahlung aufbauen konnte.

Am ehesten erscheint ein solcher Ansatz für den Bereich des Sports entwickelbar. Diese Feststellung ist aber auch für die Nutzung der Freizeiteinrichtungen des BV durch die Bewohnerschaft übertragbar.

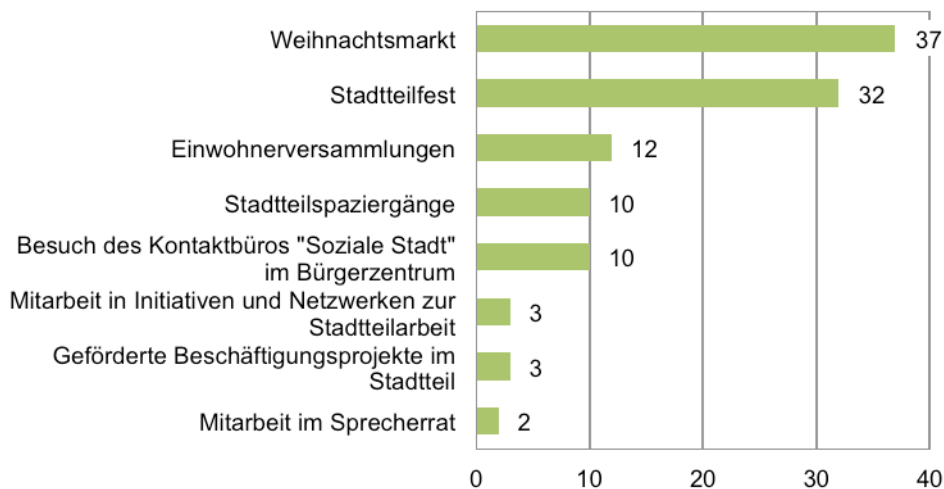
Auf die Frage, wo die Interviewten und ihre Haushaltsmitglieder überwiegend ihre Freizeit verbringen, gaben 2 Prozent im Jahr 2011 und 4 Prozent im Jahr 1999 an, dass sie Freizeiteinrichtungen im BV nutzen. Trotz der real gewachsenen Anzahl an Freizeiteinrichtungen im BV hat sich die geringe Nutzung durch die Befragten in den vergangenen 12 Jahren nicht verändert.

Abb. 1.8: Frage: „Wo verbringen Sie und die übrigen Haushaltsmitglieder überwiegend Ihre Freizeit?“ (Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich, 2011 n = 649, 1999 n = 1.065)



Im BV wurden die Interviewten gebeten, Angaben zu machen ob sie an Projekten und Aktionen der Sozialen Stadt und der Partnerprogramme teilgenommen haben.

Abb. 1.9: Frage: „Haben Sie an folgenden Aktionen im Rahmen der Programme „Soziale Stadt“, „LOS“ und „Stärken vor Ort“ im Brandenburgischen Viertel teilgenommen?“ (Angabe in Prozent aller Interviewten im BV, Mehrfachnennungen möglich, n = 304-321)



Die Ergebnisse zeigen, dass die organisierten Wohngebietshöhepunkte Weihnachtsmarkt und Stadteifest von gut einem Drittel der Interviewten angenommen wurden, was ein guter Befund ist und die hohe Bedeutung der Veranstaltungen für das Gebiet belegt. Die Beteiligungs- und Kontaktangebote Versammlungen, Stadteilspaziergänge, Besuch des Kontaktbüros hat im Durchschnitt jeder zehnte Interviewte wahrgenommen. 2 Prozent aller Interviewten haben sich im Sprecherrat engagiert.

Auffallend ist der geringe Anteil an Mitwirkenden in Initiativen und Netzwerken und die Integration in Beschäftigungsprojekte.

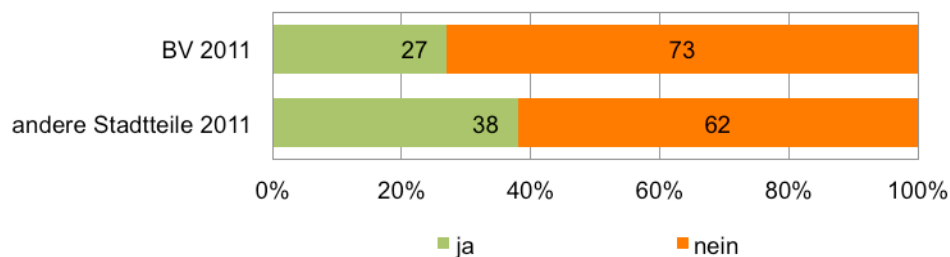
Bestehendes Engagement und Mitwirkungsbereitschaft

Ein wichtiger Indikator des Interesses am gesellschaftlichen Leben, des bürgerschaftlichen Engagements und der Identität mit dem Wohn- und Lebensort ist der Grad der Einbindung in Organisationen. Die Interviewten im BV und den anderen Stadtteilen wurden gebeten, dazu Angaben zu machen.

27 Prozent der Interviewten im BV sind Mitglied eines Vereins oder einer Initiative. Der Anteil der organisierten Interviewten in den anderen Stadtteilen liegt bei 38 Prozent und damit etwas höher.

Zur Einordnung dieser Werte erfolgt wieder ein Vergleich mit Wohngebieten (industrieller Wohnungsbau in Stadtrandlagen, Fördergebiete Soziale Stadt) in anderen Kommunen: In der Haushaltsbefragung 2011 im Wohngebiet Stadtfeld in Wernigerode gaben 49 Prozent der Befragten an, dass sie in einem Verein oder einer Initiative aktiv sind. Die Haushaltsbefragung 2009 im Wohngebiet Süplinger Berg in Haldensleben ergab 30 Prozent befragte Aktive.⁴

Abb. 1.10: Frage: „Sind Sie in Eberswalde als Mitglied eines Vereins oder einer Initiative aktiv?“ (Angaben in Prozent, BV n = 332, andere Stadtteile n = 387)

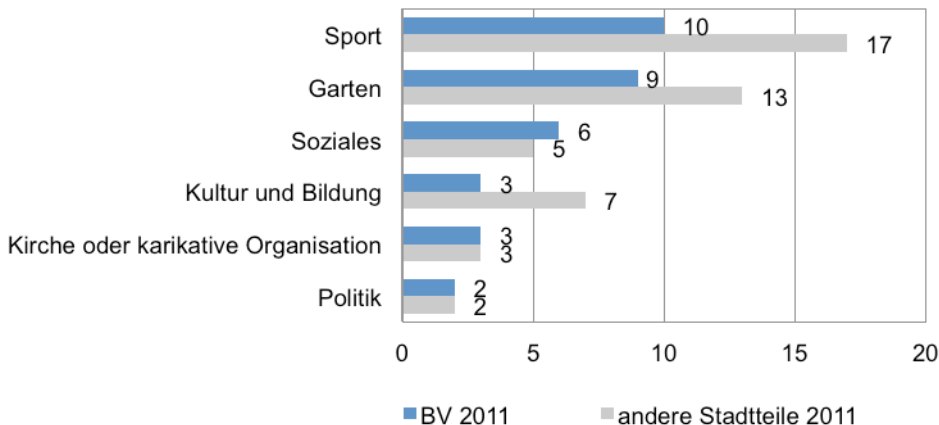


Thematische Schwerpunkte liegen sowohl im BV als auch in den anderen Stadtteilen beim Sport und dem Garten, wobei im Vergleich zwischen den Gebieten auffallend ist, dass in beiden Bereichen die Interviewten aus dem BV weniger stark vertreten sind: Ist im BV gut jeder zehnte Interviewte im Sport aktiv, so ist es in den anderen Stadtteilen gut jeder sechste Interviewte. Ist im BV jeder elfte Interviewte in einem Gartenverein, so ist es in den anderen Stadtgebieten jeder gut jeder achte Interviewte.

⁴ Quellen: Integriertes Handlungskonzept Soziale Stadt Wohngebiet Stadtfeld – Wernigerode, 2011; Bewohnerbefragung im Rahmen des Programmstarts „Soziale Stadt“ in Haldensleben 2009

Hier zeigen sich unterschiedliche Interessenlagen bei den Bewohnerinnen und Bewohnern im BV aber auch Reserven, die bei einer zielgruppennahen Ansprache möglicherweise erschlossen werden könnten.

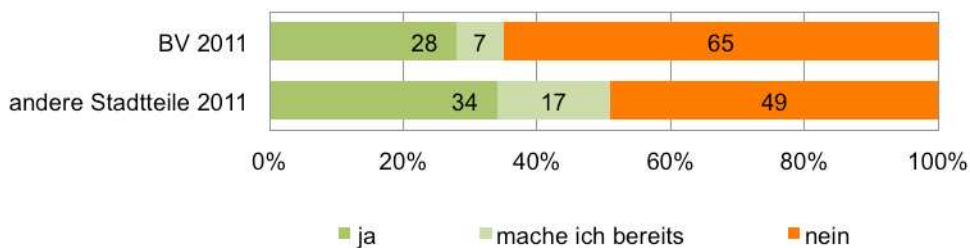
Abb. 1.11: Frage: „Wenn ja, mit welchem Schwerpunkt?“ (Angaben in Prozent aller Interviewten, Mehrfachnennungen möglich, BV n = 356, andere Stadtteile n = 404)



Bei den anderen thematischen Schwerpunkten (Soziales, Kirche oder karitative Organisation, Politik) gibt es keine Unterschiede zwischen den Gebieten. Im Bereich Kultur und Bildung sind im Vergleich im BV weniger Interviewte eingebunden (3 Prozent) als in anderen Stadtteilen (7).

Befragt wurde im BV und den anderen Stadtteilen nach der Bereitschaft, sich bei der weiteren Gestaltung des Wohngebietes einzubringen.

Abb. 1.12: Frage: „Wären Sie bereit, aktiv an der weiteren Gestaltung Ihres Wohngebietes mitzuarbeiten?“ (Angaben in Prozent, BV n = 318, andere Stadtteile n = 380)

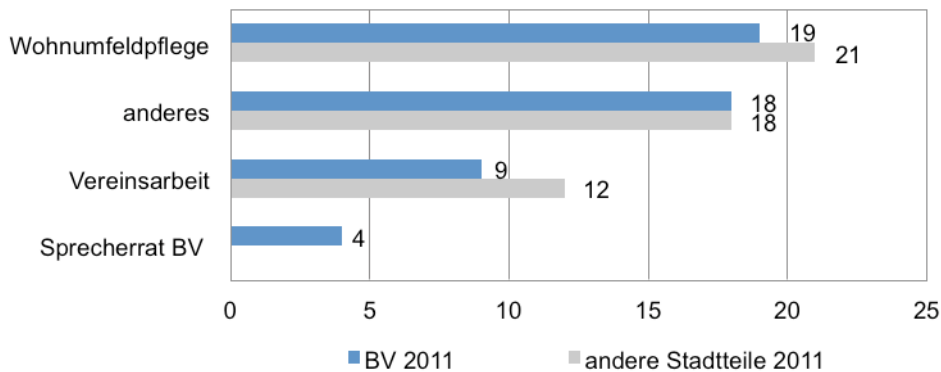


Auch bei diesem Befund zeigt sich der etwas geringere Grad des Engagements im BV gegenüber anderen Stadtteilen: 7 Prozent aller Interviewten im BV sind bereits für ihr Wohngebiet aktiv, in den anderen Stadtteilen liegt der Anteil bei 17 Prozent. 28 Prozent im BV wären bereit mitzuwirken, in den anderen Stadtteilen liegt dieser Wert bei 34 Prozent. In Vergleichsgebieten anderer Kommunen bewegt sich die Mitwirkungsbereitschaft zwischen 44 (Wohngebiet Stadtfeld, Wernigerode 2011) und 30 Prozent (Wohngebiet Süplinger Berg, Haldensleben).⁵

⁵ Quellen: Integriertes Handlungskonzept Soziale Stadt Wohngebiet Stadtfeld – Wernigerode, 2011; Bewohnerbefragung im Rahmen des Programmstarts „Soziale Stadt“ in Haldensleben 2009

Bei den Themenbereichen für eine Mitarbeit ist in allen Gebieten die Wohnumfeldpflege am häufigsten benannt (19 Prozent im BV, 21 Prozent in anderen Stadtteilen). Die Bereitschaft in einem Verein zu wirken, liegt mit 9 Prozent aller Interviewten im BV nur leicht niedriger als in den anderen Stadtteilen mit 12 Prozent. Auch bei diesen Befunden zeigen sich Potentiale für das BV. Sie stehen den Einschätzungen der örtliche Aktiven gegenüber, dass es im BV Schwierigkeiten bei der Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern gibt.

Abb. 1.13: *Wie sieht / sah Ihre Mitarbeit aus bzw. was würde Sie interessieren?*
(Angaben in Prozent aller Interviewten, BV n = 356, andere Stadtteile n = 404)



Fazit

Insgesamt ist die Soziale Stadt als positive Initiative für das BV in der Wahrnehmung der Interviewten nicht ausreichend präsent.

Schlüsselprojekte der Sozialen Stadt, wie Stadtteilhöhepunkte und neue Bürger- und Freizeiteinrichtungen werden angenommen, haben sich aber bei den Gesamteinschätzungen zum BV und bei der realen Nutzung noch nicht als profilbestimmende Angebote und Einrichtungen für das Gebiet gefestigt.

Bei den Einbindungen der Gebietsbevölkerung in Initiativen zur Stadtteilarbeit und in Beschäftigungsprojekte gab es deutliche Reserven. Zugleich liegt die artikulierte Mitwirkungsbereitschaft der Bewohnerschaft im BV in einem normalen Bereich.

2. Stand der Gebietsentwicklung und Aufgaben für die Zukunft

Die Ausrichtung der Schwerpunkte der Verstetigung der Sozialen Stadt im BV muss im Kontext des Standes der Gebietsentwicklung erfolgen. Wie im Punkt 1.1 Umsetzungsphasen festgestellt, bestehen trotz intensiver Kraftanstrengungen zentrale Aufgaben im BV fort. Das Hauptziel der Sozialen Stadt, eine soziale Stabilisierung des BV zu erreichen, kann zum heutigen Zeitpunkt nicht als erfüllt angesehen werden.

Zugleich muss darauf verwiesen werden, dass beginnend von der städtebaulichen Erneuerung in den 1990er-Jahre ein komplexes Maßnahmenpaket für das BV realisiert wurde:

- Ein attraktives Gebiets- bzw. Einkaufszentrum wurde geschaffen und funktionsfähig gehalten, trotz eines hohen Einwohnerverlustes.
- Große und vielfältige Park- und Spielanlagen entstanden.
- Plätze und Treffpunkte wurden angelegt, wichtige Straßen und Wege saniert.
- Vier große Begegnungszentren wurden mit Hilfe des Programms Soziale Stadt etabliert. Viele Selbsthilfegruppen und Vereine haben die Freizeitmöglichkeiten im BV deutlich ausgebaut.
- Eine Reihe von sozialen Beratungs- und Betreuungsangeboten, auch mit Versorgungsaufgaben für die Stadt und den Landkreis, hat sich entwickelt. Mit dem Kontakt e.V. hat sich eine Selbsthilfeorganisation für die große Gruppe der Zugewanderten im BV festigen können.
- Wohnungen sind im unterschiedlichen Standard aufgewertet. Nicht mehr benötigter Wohnraum wurde abgerissen oder ist in Teilen stillgelegt.

Um einen Überblick zur heutigen sozialen Situation im BV zu geben, folgt eine Zusammenfassung der Ergebnisse und abgeleiteten Schlussfolgerungen der Sozialstudie. Die Ergebnisse der Sozialstudie bestätigen grundsätzlich die Bewertungen des IPStEK 2009/10 zum Stand der Gebietsentwicklung und die abgeleiteten weiteren Handlungsbedarfe.

2.1 Ausgangslage

Demographischer und sozialer Wandel

Bevölkerungsentwicklung

Das BV hat in den letzten 16 Jahren mehr als die Hälfte seiner Bevölkerung verloren. Ende des Jahres 2010 lebten in dem Wohngebiet (ohne Osterweiterung) rund 6.200 Personen mit Hauptwohnsitz, das sind 15 Prozent der Eberswalder Bevölkerung. In den vergangenen Jahren ist eine deutliche Abschwächung der Bevölkerungsrückgänge zu beobachten. Sie lag in den Jahren 2009 und 2010 im gesamtstädtischen Durchschnitt von unter 1 Prozent.

Trotz der enormen Schrumpfung der Bevölkerungszahl haben sich keine gravierenden Einseitigkeiten in der Altersstruktur für das BV ergeben. Das Wohngebiet spiegelt heute weitestgehend den altersstrukturellen Durchschnitt von Eberswalde wider, wobei das Durchschnittsalter etwas verjüngt ist. So liegt der Anteil der Personen ab 65 Jahre mit 18 Prozent unterhalb des Durchschnittswertes der Stadt mit 24 Prozent.

Bevölkerungsszenarien

Es wird abgeschätzt, dass die Bevölkerungszahl im BV weiter schrumpft. Nach den Szenarien des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes werden als Bevölkerungsgröße für das Jahr 2020 zwischen 4.800 und 5.000 Personen und für das Jahr 2030 zwischen 4.200 und 4.500 Personen angenommen. Der weitere Bevölkerungsrückgang geht einher mit Verschiebungen in der Altersstruktur. Abgeschätzt wird, dass sich bis zum Jahr 2030 die Gruppe der unter 25-Jährigen nahezu halbiert (-46 bis 49 Prozent), was einem Rückgang von rund 860 bis 910 jungen Menschen entspricht. Dagegen werden für die Gruppe der über 65-Jährigen anhaltende Zuwächse erwartet (14 bis 20), wobei die absolute Zunahme um 180 bis 260 Personen eher moderat ausfällt.

Wandel der Mietergruppen

Fast jeder zweite Haushalt (46 Prozent) ist seit dem Jahr 2000 in das BV gezogen. Jeder dritte Haushalt (33) lebt auch erst seit dem Jahr 2000 in Eberswalde. Eine große Bevölkerungsgruppe sind die Zugewanderten aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Menschen mit Migrationshintergrund haben heute einen Anteil von 16 Prozent an der Gebietsbevölkerung. Die Zugezogenen seit dem Jahr 2000 haben deutlich weniger Einkommen zur Verfügung, sind weniger in die Arbeitswelt eingebunden und haben eine geringere Gebietszufriedenheit als die Bevölkerung, die bereits seit mehr als 12 Jahren im Gebiet lebt.

Sozialer Wandel - Spiegel der gesellschaftlichen Entwicklung

Die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt (Schrumpfung bis 2005 und Wachstum), bei der Ausweitung des Niedriglohnssektors, prekärer Beschäftigungsverhältnisse sowie stagnierender bis schrumpfender Realeinkommen, aber auch die entspannte Situation auf dem Eberswalder Wohnungsmarkt, der die Segregation zusätzlich förderte, spiegeln sich im BV besonders wider. Im Ergebnis dieser Prozesse muss heute festgestellt werden, dass sich in Eberswalde eine starke sozialräumliche Polarisierung zwischen dem BV und den anderen großen Mietwohnstandorten herausgebildet hat:

- Der Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbsfähigen (16 bis 65 Jahre) im BV lag Ende 2010 bei 20,0 Prozent und im Durchschnitt des weiteren Stadtgebietes bei 12,2 Prozent.
- Betrug der Anteil der in die Arbeitswelt integrierten Bewohnerinnen und Bewohner im BV im Jahr 1999 noch 33 Prozent, so liegt er heute bei nur noch 23 Prozent.
- Heute besteht im Gebiet eine überdurchschnittlich hohe Konzentration an Arbeitslosen, die seit langem keinen Zugang zum 1. Arbeitsmarkt findet und das schon in der zweiten Generation. Zwei von drei im Jahr 2011 Befragten (65 Prozent), die bereits in ihrem 16. Lebensjahr im BV zu Hause waren, sind heute arbeitslos.

- Lag im Jahr 1999 das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen im BV bei 79 Prozent des Bundesdurchschnitts, so lag es Ende des Jahres 2010 bei nur noch 55 Prozent. Heute sind im BV 37 Prozent der Haushalte und damit 47 Prozent der Gebietsbevölkerung von Armut gefährdet. Im Durchschnitt der anderen Stadtteilen sind dagegen 15 Prozent der Haushalte von Armut gefährdet.
- Im BV lebten im Jahr 2011 über die Hälfte aller Kinder im Alter bis zu 15 Jahren (55 Prozent) in Haushalten mit Bezug von Arbeitslosengeld II.

Diese „harten Befunde“ belegen eine dramatische Entwicklung und es ist nicht ausgeschlossen, dass sich die Segregationsprozesse weiter fortsetzen. Die bereits heute erhöhten Folgekosten, die zum Teil über Förderprogramme (z.B. Soziale Stadt) abgedeckt werden, können noch weiter steigen.

Wohnen und Nachbarschaft

Wohnverhältnisse

Ende des Jahres 2010 gab es im BV 4.112 Wohnungen. Rund ein Viertel des Wohnungsbestandes wurde seit dem Jahr 1990 nicht über Teil- oder Komplettanierungen aufgewertet. Trotz dem Rückbau von 1.099 Wohnungen bewegt sich der heutige Wohnungsleerstand mit rund 19 Prozent immer noch auf einem hohen Niveau. Entsprechend den Stadtumbauzielen sollen bis zum Jahr 2020 mindestens weitere 750 Wohnungen im BV vom Markt genommen werden.

Das BV übernimmt heute eine wichtige Aufgabe für die soziale Wohnraumversorgung in der Stadt Eberswalde. Die bedeutsamen Wohnungsanbieter im BV haben sich auf diese Versorgungsaufgabe eingestellt. Der grob gefasste sehr preisgünstige Anteil von 40 Prozent im heutigen Wohnungsangebot spiegelt die Sozialstruktur des Wohngebietes wider: Für ein Drittel der Haushalte (34 Prozent) sind weitere Mietsteigerungen, z.B. über fortgesetzte Aufwertungen, wirtschaftlich nicht mehr tragbar. Fast ein Drittel der Haushalte (30) hat bereits heute eine sehr hohe Mietbelastung, die über 40 Prozent des zur Verfügung stehenden Haushaltsnettoeinkommens liegt.

Im Vergleich ist die Zufriedenheit mit der Wohnung im BV heute unterdurchschnittlich. Sie hat sich in den vergangenen 12 Jahren, trotz Aufwertungen, zudem nicht verändert.

Umzugswünsche

14 Prozent der Befragten im BV planen derzeit einen Umzug, in den anderen Stadtteilen sind es 10 Prozent. Diese Werte bewegen sich im Rahmen einer normalen Mieterfluktuation. Die Bevölkerungsgruppen mit einer erhöhten Umzugsbereitschaft im BV sind die unter 45-Jährigen, Haushalte mit Kindern und mit Migrationshintergrund. Waren vor 12 Jahren vor allem Veränderungswünsche bei der Wohnung die zentralen Umzugsgründe, so spielen heute im BV soziale Motive eine stärkere Rolle: schlechter Ruf des Wohngebietes, Unwohlgefühl, mangelnde Ordnung und Sicherheit.

Zugleich ist festzustellen, dass sowohl im BV als auch in anderen Stadtteilen gut ein Drittel der Umzugswilligen auch die Stadt verlassen möchten. Ein weiterer ernster Befund ist, dass kein Befragter in den anderen Stadtteilen einen Umzug in das Brandenburgische Viertel beabsichtigt.

Nachbarschaftsverhältnisse

Insgesamt betrachtet, sind die Nachbarschaftsverhältnisse im BV als gut und gefestigt zu bewerten. Bedeutsame Konfliktpotentiale lassen sich nicht feststellen, so dass der nachbarschaftliche Zusammenhalt eher zu den Stärken des Gebietes zählt.

Wahrnehmung und Nutzung des Wohngebietes

Gebietsbewertungen

Gut jeder fünfte Befragte ist mit dem BV als Wohngebiet zufrieden, ein vergleichbarer Anteil ist unzufrieden, fast zwei Drittel der Befragten legen sich nicht eindeutig fest. Im Vergleich mit den anderen Stadtteilen ist der Grad der Zufriedenheit eher als gering zu bezeichnen. Dabei wird das BV heute vor allem von den jüngeren Bevölkerungsgruppen kritisch reflektiert, die älteren Gruppen sind überwiegend zufrieden mit dem Wohngebiet.

Bei den Merkmalen des BV werden vor allem die verkehrstechnische Anbindung des Gebietes sehr positiv von den Befragten bewertet. Bei den Ausstattungen mit Dienstleistungen, Bildungsangeboten und Gesundheitseinrichtungen sind die Bewertungen gegenüber dem Jahr 1999 kritischer. Positiver werden dagegen heute die Ausstattungen mit sozialen Beratungs- und Betreuungsstellen, Sportanlagen, kulturelle Einrichtungen und Freizeiteinrichtungen für Jugendliche, ältere Menschen und für Kinder gesehen. In allen letztgenannten Bereichen fanden in den vergangenen 12 Jahren auch erhebliche Angebotserweiterungen statt.

Image des Brandenburgischen Viertels

Die schlechtesten Bewertungen erhielt der Themenkomplex soziales Umfeld und Image des BV durch die Befragten. Auch im Ergebnis weiterführender Untersuchungen zeigt sich, dass das negative Image des BV sich in den vergangenen 12 Jahren eher verfestigt als gewandelt hat. Das schlechte Image ist heute eines der größten Hemmnisse für eine stadtweite Akzeptanz des BV und fördert die Stigmatisierung des Gebietes, seiner Einrichtungen und der Bewohnerschaft.

Ein weiterer ernst zunehmender Befund ist, dass die Bewohnerinnen und Bewohner des BV selbst ihr Wohngebiet kritisch sehen. Es ist eine große Schnittmenge zwischen schlechter Außen- und Innensicht bzw. negativen Vor- und Selbsturteilen entstanden. In diesem Spannungsfeld konnte sich auch die Soziale Stadt, als eine potentiell positiv besetzte Initiative für das BV, in der Wahrnehmung nicht ausreichend positionieren.

Freizeitstandort mit stadtweiter Ausstrahlung

Der Ansatz, das BV in seinem Profil als Freizeitstandort mit stadtweiter Ausstrahlung zu schärfen, ist durch die Schaffung von neuen Einrichtungen und die Lenkung einer Reihe von Vereinen in das Gebiet umgesetzt. In der Wahrnehmung und Nutzung bei den im Jahr 2011 in den anderen Stadtteilen Befragten spiegelt sich diese Standortstärke allerdings nur schwach wider. Eine Änderung der Freizeitorte bei den Befragten im BV, zugunsten der neuen Angebote im Gebiet, konnte zudem nicht nachgewiesen werden.

Unterstützungsangebote und deren Nutzung

Bei den sozialen Kontakt-, Beratungsstellen und speziellen Unterstützungsangeboten und deren Nutzung ergeben die Untersuchungsergebnisse ein anderes Bild. Die Konzentration von gesamtstädtischen und regionalen Angeboten im BV ist angesichts der erhöhten Unterstützungsbedarfe sehr wirksam.

Ein wichtiges Ergebnis der Untersuchung zu den Gemeinbedarfsangeboten ist, dass der Nutzungsgrad der befragten Haushalte mit Migrationshintergrund deutlich höher ist, als bei den Haushalten ohne Migrationshintergrund. Dieser Befund zeigt eine gute interkulturelle Öffnung der Gemeinwesenarbeit im BV. Die gelungen Integrationsarbeit ist eine besondere Stärke des Gebietes.

Prioritäten aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner

Aus Sicht der Befragten gibt es sehr klare Prioritäten für Themen, die bei der weiteren Entwicklung für das BV wichtig sind:

1. Mit deutlichem Abstand haben Sicherheit im Stadtteil und Ordnung im Wohnumfeld die höchste Priorität.
2. Ein weiterer Themenkomplex mit hoher Wichtigkeit sind der Bildungsbereich mit Kindertagesbetreuung und Schule sowie die Angebote der Jugendfreizeit.
3. Die dritte Gruppe bilden die Qualität der Wohnungen sowie ein guter Straßenzustand.

2.2 Schlussfolgerungen und Handlungsschwerpunkte

Für die Entwicklung des BV besteht ein stadtentwicklungspolitisch beschlossener Rahmen, der im Integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEK), in der Stadtumbaustrategie Eberswalde 2020 und zusammenfassend im IPStEK 2009/10 dargestellt ist. Die aus den Untersuchungsergebnissen der Sozialstudie abgeleiteten Handlungsempfehlungen für die integrierte Gebietsentwicklung berücksichtigen diesen Rahmen. Zugleich bilden die gewonnenen Erkenntnisse Grundlagen für Gewichtungen in einzelnen Handlungsfeldern.

Wohnraumentwicklung

Das BV übernimmt heute eine wichtige Aufgabe für die soziale Wohnraumversorgung in der Stadt Eberswalde und hat dafür grundsätzlich gute Voraussetzungen. Zugleich sind auch in der Zukunft Wohnungsreduzierungen auf dem Eberswalder Wohnungsmarkt notwendig bei Sicherstellung der Versorgung von Teilen der Bevölkerung mit sehr preiswertem Wohnraum. Empfohlen wird, die grundsätzlich erforderlichen Mengengerüste für sehr preiswerte Wohnangebote und ihre Verortung nach Stadtteilen vertiefend zu prüfen. Dies erscheint vor allem dahingehend geboten, da bei möglichen Verknappungen durch Rückbau ggf. nötige Anpassungen bei den angemessenen Kosten der Unterkunft über die Kommune zu tragen wären.

Im engen Zusammenhang mit der sozialen Wohnraumversorgung sind auch die einzelnen Funktionen der Wohnstandorte zu betrachten.

Als langfristige Perspektive für die Stadt und ihre Teile sollte bei Verteilung von sehr preiswerten Wohnraum auf eine „dezentralen Strategie“ orientiert werden, um sehr hohe Konzentration von unterstützungsbedürftigen Haushalten an einem Wohnstandort und den damit verbundenen und kaum noch steuerbaren Gefahren einer Stigmatisierung entgegenzuwirken. Die Verteilung der belegungs- und mietpreisgebundenen Wohnungen im Stadtgebiet entspricht derzeit dieser Empfehlung) Für die Wohnraumentwicklung im BV leiten sich aus der „dezentralen Strategie“ folgende Empfehlungen ab:

Konsequente Fortsetzung des Gebietsumbaus

Der Stadtbau im BV muss konsequent fortgesetzt werden. Eine Verschlankung und ein weiterer Umbau des Gebietes erscheint dringend geboten, um die komplexen Probleme des BV nachhaltig lösen zu können.

Bestandsentwicklung

Die Strategien der Bestandsentwicklung sollten einerseits darauf abstellen, die Versorgungsaufgabe für Geringverdienende zu erfüllen und zugleich stärker differenzierte Angebote für niedrige bis mittlere Einkommensgruppen zu entwickeln:

1. Für die wachsende Nachfrage an Angeboten für selbstbestimmtes Wohnen im Alter bis hin zu Seniorenwohngruppen und Mehrgenerationenwohnen bietet das Brandenburgische Viertel sehr gute Voraussetzungen. Um den zukünftig stärkeren Kaufkraftunterschieden bei den älteren Menschen Rechnung zu tragen, sind differenzierte Wohnkonzepte sehr wichtig. Das Thema Barrierefreiheit in der kompletten Wohnumwelt gewinnt zudem stetig an Bedeutung.
2. Interessante Wohnprojekte binden Haushalte mit Kindern an das Gebiet und wirken stabilisierend. Die WBG Eberswalde-Finow eG bereitet derzeit ein Projekt mit intensiver Nutzerbeteiligung an der Lübbenauer Straße vor, das in eine solche Richtung weist. Diesen Ansatz aufgreifend, könnten im BV eine ganze Reihe von innovativen Wohnprojekten im Zusammenhang mit partiellem Teilrückbau entstehen. Abgestimmte Qualitäten zu tragbaren Kosten für eine nicht sehr einkommensstarke Mieterschaft sind das herausfordernde Thema.
3. Gutverdienende und Stammmieter bilden einen sozialen Anker. Ihnen muss eine Wohn- und Lebensqualität geboten werden, die im Vergleich mit den Standards und Preisen in anderen Stadtteilen konkurrenzfähig ist. Für diese Gruppen sollten die individuellen Wünsche hinsichtlich Ausstattungsverbesserungen (Grundrisse, Küche-Bad, Türen etc.) unbedingt erfüllt werden.
4. Für die umfassende Versorgungsaufgabe mit preiswerten Wohnraumangeboten sind die Möglichkeiten weiterer Verbesserungen begrenzt. Zugleich dürfen stigmatisierende Unterschiede, die einkommensschwache Menschen sozial abstempeln, nicht zugelassen werden. Fassaden, Hauseingänge und Freiraumanlagen sind die Aushängeschilder eines Wohnmilieus und bedürfen nicht nur einer guten Gestaltung, sondern auch einer durchgängigen Pflege und Instandsetzung.

5. Auch wenn der Stand der energetischen Sanierung weit fortgeschritten ist - drei Viertel der Wohngebäude verfügen über eine Wärmedämmung - sollten weiter Möglichkeiten genutzt werden, um, neben den Effekten für den Klimaschutz, die Verbrauchskosten möglichst stabil bzw. gering zu halten.

Sicherheit und Ordnung

Angesichts des ausgeprägten negativen Images des BV ist es für Bleibewillige sowie die Integrationschancen der sozial Schwächeren außerordentlich wichtig, jegliche Anzeichen einer Vernachlässigung des Gebietes zu bekämpfen. Sicherheit und Ordnung sind aus Sicht der Befragten die wichtigsten Themen für das BV. Dies ist eine Daueraufgabe, die nur, wie derzeit bereits üblich, von öffentlicher Hand, Wohnungsunternehmen und Bürgerschaft gemeinsam lösbar ist.

Städtebauliche Aufgaben

Die Entwicklung des BV muss weiterhin auch als städtebauliche Aufgabe betrachtet werden. Zwar sind die „Entwicklungswellen“ der Erneuerung (1990er-Jahre) und der infrastrukturellen Anpassung und des Stadtumbaus (letzte Dekade) in Teilen abgeschlossen, die Lösung einzelner wichtiger Aufgaben steht allerdings weiterhin an. Auch der weitergehende Gebietsumbau zieht Maßnahmen im öffentlichen Raum und auf kommunalen Liegenschaften nach sich. Als Schwerpunktaufgaben sind zu betrachten:

1. Abbau der „Imagekiller“ an den Gebietseingängen

Zwei „Imagekiller“ sind sowohl an der Frankfurter Allee mit der Ruine des ehemaligen „Specht“ wie auch an der Brandenburger Allee mit der Ruine der ehemaligen „kleinen Kaufhalle“ an den wichtigsten Gebietseingängen positioniert. Aufgrund der Lage handelt es sich um städtebauliche Missstände ersten Ranges für das BV, die gelöst werden müssen.

2. Gebietsumbau und Folgegestaltung

Bereits heute und auch für viele Jahre werden aufgelockerte Baustrukturen und ein eher naturnaher Charakter die Gebietswahrnehmung prägen. Dieser Charakter kann eigene Qualitäten haben, wenn eine tragfähige Folgegestaltung bzw. Renaturierung greift. Es wird dringend empfohlen, die Folgegestaltung von Rückbauflächen verstärkt in den Fokus zu nehmen und dabei offensiv die Bevölkerung in den jeweiligen Quartieren und insbesondere Zugewanderte einzubeziehen.

Gemeinwesenarbeit

Das BV hat im vergangenen Jahrzehnt einen dramatischen Wandel erlebt, der Bindekräfte und Mitwirkungspotentiale innerhalb der Bürgerschaft des Wohngebietes in Mitleidenschaft zog. Dies erschwert die Herausbildung eines handlungsfähigen Gemeinwesens und die Identitätsbildung. Diesen Befunden steht zugleich ein erhebliches Stabilisierungspotential gegenüber, das mit großen Kraftanstrengungen der Stadt, der Wohnungsunternehmen und vielen Vereinen, Institutionen und engagierten Personen aufgebaut wurde und das auch wirkt. Zugleich gilt es, dieses Potential in einigen Bereichen verbessert einzusetzen.

Für die Entwicklung der Gemeinwesenarbeit im BV werden folgende Aufgaben als besonders wichtig erachtet:

- Mit den vier großen Begegnungszentren verfügt das BV über vergleichsweise hervorragende Bedingungen für die Arbeit von Vereinen, Initiativen, Kontakt- und Beratungsstellen und für Veranstaltungen. Die Untersuchungen haben gezeigt, dass insbesondere die vom Bualter her „jüngeren Zentren“ (Freizeitschiff und Vereinshaus Havellandstraße) in der Wahrnehmung und Nutzung durch die Befragten vergleichsweise gering frequentiert werden. Eine stärkere wohnnachbarschaftliche Einbindung der „jüngeren Zentren“ bzw. ihrer Angebote erscheint geboten, um die Zentren verbessert für die Gebietsbevölkerung zu erschließen.
- Um mehr Identität mit dem eigenem Wohnort zu erzeugen, Kontakte herzustellen und gemeinsame Erlebnisse zu schaffen, haben sich Feste im BV gut etabliert. Solche Anknüpfungspunkte und weitere Angebote für gemeinsame Erfahrungen (Quartiersspaziergänge, Pflanzaktionen, Wohnhoffeste, Aufräumaktionen etc.) laufen im BV. Sie sind auch weiterhin wichtig und sollten intensiv weiterverfolgt werden.
- Angesichts der erhöhten Konzentration von arbeitslosen jungen Menschen im BV, darunter auch ein großer Anteil von jungen Arbeitslosen mit Migrationshintergrund, haben die Themen Integration in Ausbildung und Arbeit einen sehr hohen Stellenwert. In diesem Handlungsfeld wurde bisher mit Unterstützung von ESF-Programmen viel geleistet. Mit dem BIWAQ-Projekt „MOTRAIN“ startete im Oktober 2011 ein neues großes Projekt, das auf Aktivierung, Qualifizierung und Integration abzielt. Ergänzend sollten verstärkt Projekte aufgebaut werden, die arbeitslose Menschen vor Ort im BV in Beschäftigung bringen. Hier bietet auch die Gebietsentwicklung gute Anknüpfungspunkte: von der Gestaltung von Rückbauflächen bis zum mobilen Hausmeisterservice für die Begegnungszentren, Kitas und für schnellen Hilfen im Haushalt.
- Bildung in allen ihren Facetten, von der Frühförderung, der Arbeit in den Kitas und der Grundschule bis hin zur Erwachsenenbildung, hat im BV einen sehr großen Stellenwert. Viele Haushalte mit Kindern leben in sozio-ökonomisch sehr schwierigen Situationen und die Einrichtungen und Projekte versuchen vieles zu kompensieren, wofür die Einordnung der entsprechenden Ressourcen sehr wichtig ist. Auch die aufgebauten Angebote für die Familienbildung werden für die kommenden Jahre weiter dringend benötigt. Neben der Bildung für die Kinder spielt angesichts verbreiteter Langzeitarbeitslosigkeit auch die Erwachsenenbildung eine wichtige Rolle. Es sollte geprüft werden, inwieweit ein Angebot im BV aufgebaut wird, das aufgrund der Nähe zur Zielgruppe eine besondere Wirkung erzielen kann.
- Die Untersuchung hat aufgezeigt, dass im BV viel für Haushalte mit Migrationshintergrund geleistet wurde und die Menschen selbst aktiv das Leben im BV mitgestalten. Die Konzentration von verschiedenen Hilfsangeboten im Wohngebiet hat hier eine gute Wirkung gezeigt, wobei eine intensivierete Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Trägern auch noch mehr Wirkungen bringen könnte. Die speziellen Hilfen für Zugewanderte bleiben auch für die kommenden Jahre weiterhin wichtig.

Besondere Profile und Imagearbeit

Um das Image eines „reinen Wohngebietes“ zu wandeln, erfolgte in den letzten 12 Jahren gezielt der Ausbau des Profils Freizeitstandort. Dieses ambitionierte Ziel wurde durch die Schaffung von großen Vereinshäusern umgesetzt, in der auch eine Reihe von Eberswalder Vereinen gute Möglichkeiten gefunden haben.

Über die zugezogenen Sportvereine und auch die drei Sporthallen im Gebiet hat sich heute eine interessante Konstellation an Sportangeboten ergeben, an die bei einer Profilbestimmung angeknüpft werden sollte. Die Integrationsleistung des Sports sollte zum einen für das BV und dessen Bevölkerung besser erschlossen werden und zum anderen alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt ansprechen. Empfohlen wird, alle Partner des Sports im BV in einem gemeinsamen Netzwerk oder Bündnis zusammenzuführen und interessante Sportprojekte auf den Weg zu bringen.

Ein zweites Alleinstellungsmerkmal hat sich mit der große Gruppe der Zugewanderten und ihre gute Organisation gebildet. Die kulturelle Vielfalt im BV könnte jedoch sowohl nach Innen wie auch nach Außen noch stärker die Wahrnehmung prägen. Voraussetzungen wäre eine verstärkte Zusammenarbeit der Selbsthilfeorganisationen mit Organisationen, die für das BV aktiv sind.

Aufgrund der verfestigten Imageprobleme ist ein zielgerichtetes Marketing unabdingbar. Mit der im Herbst 2011 erschienenen Publikation: 12 Jahre Soziale Stadt im BV - Porträts und Aktivitäten - und dem dazugehörigen Wegweiser wurden erstmals ansprechende Dokumentationen zu den Entwicklungen und Projekten im Rahmen der Sozialen Stadt veröffentlicht. Es wird empfohlen, dass die Publikationen den Ausgangspunkt für ein intensiviertes Standortmarketing bildet, wofür vorhandene Arbeitsstrukturen (AG Öffentlichkeitsarbeit) bereits bestehen. Eine kontinuierliche Arbeit und professionelle Hilfen sind dabei unverzichtbar.

3. Empfehlungen für die Verstetigung

Im Rahmen der Erarbeitung des IPStEK 2009/10 wurde erstmals der mögliche Verstetigungsbedarf für Projekte und Gremien der Sozialen Stadt im BV ermittelt. Auf der Grundlage erster Gespräche mit örtlich Wirkenden und des Workshops „10 Jahre Soziale Stadt – Bilanz und Ausblick“ im Mai 2009 entstand eine Listung erhaltenswerter Strukturen (IPStEK 2009/10, S. 124 ff).

Tab. 3.1: Absicherungsbedarf von Projekten der Sozialen Stadt nach Auslaufen der Förderung (August 2009, IPStEK 2009/10, S. 124 ff)

Schlüsselprojekte	Absicherungsbedarf von ...	
	Gebäude / Anlage	Einrichtung / Personal
Vereinhaus ehem. KITA Spatzennest	gesichert (Eigentum der WBG)	unsicher: Vereine teilweise in prekärer finanzieller Situation (Personal- u. Betriebskosten)
Bürgerzentrum	gesichert (kommunales Eigentum)	gesichert
Stadtteilstadt	-	für 2009 über familienunterstützenden Kooperationsverbund gesichert
Verkehrsgarten	gesichert (kommunales Eigentum)	jährliche Erneuerung der MAE
Aktionsfläche	gesichert (kommunales Eigentum)	Kurzfristig gesichert (Kommunal-Kombi 2009)
Freizeitschiff	gesichert (Eigentum der WBG)	unsicher: Vereine teilweise in prekärer finanzieller Situation (Personal- u. Betriebskosten)
Quartiermanagement / Kontaktbüro	gesichert (kommunales Eigentum)	noch nicht dauerhaft abgesichert
Sprecherrat	-	noch nicht dauerhaft abgesichert
Stadtteilzeitung „EinBlicke-AusBlicke“	-	noch nicht dauerhaft abgesichert
bewohnergetragene Beteiligungsprojekte	-	noch nicht dauerhaft abgesichert
Ferienspiele	-	noch nicht dauerhaft abgesichert
Familienfahrten	-	noch nicht dauerhaft abgesichert
Weihnachtsmarkt	-	für 2009 über familienunterstützenden Kooperationsverbund gesichert
Kleiderkammer (LOS-Projekt)	-	noch nicht dauerhaft abgesichert (Unterstützung über „STÄRKEN vor Ort“)

Die Einschätzung des IPStEK 2009/10, wonach die investiven Projekte der Sozialen Stadt wegen ihrer Verpflichtungen aus der eigentumsrechtlichen Zuordnung gesichert wären, kann nur bedingt geteilt werden. Das kommunale bzw. genossenschaftliche Eigentum allein sichert nicht den Fortbestand des Bürgerzentrums und der Vereinshäuser „Freizeitschiff“ und Havellandstraße, wenn ein gravierender Nutzerausfall eintritt und damit unverhältnismäßigen Unterhaltungskosten entstehen. Insofern kann nur über die nachhaltige Verstetigung von Nutzergruppen der dauerhafte Betrieb dieser Begegnungszentren gesichert werden.

Der grundsätzliche Eindruck, wonach die Projekte der Sozialen Stadt mehrheitlich noch nicht ohne finanzielle Förderung bzw. logistische Unterstützung durch Externe funktionieren, kann auch zwei Jahre später nur bestätigt werden – auch wenn zwischenzeitlich auf veränderte Möglichkeiten der Beschäftigungsförderung reagiert wurde (Aktionsfläche: Ersatz der Kommunal-Kombi-Förderung durch Bürgerarbeit zzgl. BUFDI, Stadtteilmagazin: Einsatz der Kommunal-Kombi-Förderung). Diese arbeitsmarktpolitischen Unterstützungsmöglichkeiten werden aber auch noch vor dem avisierten „Auslaufen“ der Sozialen Stadt ab 2015 beendet sein.

Aus den im Jahr 2009 signalisierten Verstetigungsbedarfen und den heutigen Einschätzungen zum Erhalt aufgebauter Strukturen gilt es nunmehr:

- existenzielle „Schlüsselprojekte“ in eine nachhaltige Funktion zu bringen,
- maßgebliche Strukturen der bewohnergetragenen Selbsthilfe zu sichern bzw. zu organisieren und
- effektive Formen der Kommunikation und Koordination von Bürger- bzw. Trägeranliegen festzuschreiben.

Dieses Aufgabenpaket ist den folgenden fünf Komplexen zugeordnet.

3.1 Sicherung von Akteursnetzwerken

Mit der finanziellen Förderung der Sozialen Stadt, der logistischen Hilfe der Stadtverwaltung und dem hohen Engagement des Quartiermanagements konnten seit dem Jahr 2003 soziokulturelle Netzwerke etabliert werden, die themenbezogen (Netzwerk „Aktive Senioren“, Netzwerk „Junge Eltern“, AG Öffentlichkeitsarbeit, familienunterstützender Kooperationsverbund, Initiative „Ferienspiele“) oder aktionsorientiert arbeiten (Initiative „Bürgerball“, Initiative „Weihnachtsmarkt“, Initiative „Ferienspiele“, Initiative „Kindertag“, Initiative „Sommerfest“). Einladungen, Moderation und Protokollierung erfolgen mehrheitlich über das Quartiersmanagement, wodurch erhebliche Ressourcen dieser Koordinierungs- und Steuerungseinrichtung im BV gebunden werden. Parallel zu den Anstrengungen der Sozialen Stadt haben sich über Trägeraktivitäten weitere Netzwerke gegründet, wie das Kita-Schule-Netzwerk (Vgl. dazu IPStEK 2009/10 S. 47, Abb. 27).

Der sehr hohe Grad an Netzwerkaktivitäten ist ein positiver Befund. Zugleich ist festzustellen, dass sich für die Bürgerschaft und zum Teil auch örtlich Aktive der Gemeinwesenarbeit eine kaum bekannte und zu überblickende Vernetzung von Einrichtungen und Angeboten gebildet hat, die eine effiziente und zielgerichtete Zusammenarbeit auch erschweren kann. Zugleich wurde im Rahmen der Gespräche und Analysen im Jahr 2011 festgestellt, dass einige wichtige Partnerinnen und Partner bisher unzureichend eingebunden sind (z.B. SV Motor Eberswalde).

Qualifizierung sozialgruppenspezifischer Netzwerke

Bezüglich der sozialgruppenspezifischen Netzwerke („Aktive Senioren“, „Junge Eltern“, familienunterstützender Kooperationsverbund) ist bereits heute eine kurzfristige Übertragung der Netzwerkkoordination an jeweils einen beteiligten Träger sinnvoll, um selbsttragende Strukturen herzustellen.

Die familienorientierten Netzwerke sind wegen der besonderen Problemlagen von Haushalten mit Kindern im BV als Interessengemeinschaften vor allem zum Informationsaustausch, zur Koordinierung von Trägeraktivitäten sowie zur Veranstaltung gemeinsamer Höhepunkte (Kindertag, Ferienspiele) bedeutsam.

Vergleichbare Arbeitsstrukturen vorausgesetzt, könnten die beteiligten Einrichtungen und Vereine ihre Anliegen auch im gesamtstädtischen „Bündnis für Familie“ koordinieren. Vorteilhaft wäre hierbei die Nutzung gesamtstädtischer Synergien z.B. zur erforderlichen frühkindlichen Förderung oder zur besseren Information über Möglichkeiten der Familienhilfe (Regelförderung des Jugendamtes, „Bildungspaket“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales). Hierfür könnten auch die Ressourcen der gesamtstädtischen Netzwerke „Gesunde Kinder“ und der AG Familienbildung abgerufen werden.

Neuausrichtung der aktionsbezogenen Netzwerke

Aktionsbezogene Netzwerke haben sich im BV vor allem im Zusammenhang mit Gebietsfesten gebildet und wurden bisher weitestgehend vom Quartiersmanagement organisiert. Vor dem Hintergrund rückläufiger Unterstützungsmöglichkeiten über Fördermittel der Sozialen Stadt erscheint es sinnvoll, dass diese Feste entsprechend der Resonanz in der Bevölkerung und dem vorhandenen Budget reduziert werden und sich die Kräfte auf besonders angenommene Höhepunkte konzentrieren. Die Koordinierung der beteiligten Träger/Einrichtungen sollte künftig ausschließlich dem Veranstalter zufallen.

Erhalten und in der Verstetigungsphase gefördert bleiben sollte der Weihnachtsmarkt auf dem Vereinsgelände des SV Medizin Eberswalde e.V. – auch wegen seiner positiven Imagebildung außerhalb des BV. Alternativ ist eine mögliche Standortverlagerung des Weihnachtsmarktes zum Einkaufszentrum „Heidewald“ zu prüfen, unter Einbeziehung von Gewerbetreibenden und Dienstleistern (Sparkasse, Sanitätshaus, Ärzte, Apotheke). Bis zur Etablierung eines Stadtteilvereins (Empfehlung siehe unten) sollte die Koordinierung dieses Festes durch den SV Medizin e.V. übernommen werden.

Ein erfolgreiches Fundraising vorausgesetzt, könnten allerdings auch weitere soziokulturelle Höhepunkte des Gebietslebens über den Stadtteilverein fortgesetzt werden und auch neue entstehen.

Fortführung des Sprecherrats

Der Sprecherrat sollte in der „Restzeit“ der Sozialen Stadt bis 2015 seine Funktion als Bewilligungsausschuss beibehalten. So wird er u.a. auch für die Vergabeentscheidungen für den „Verfügungsfonds Soziale Stadt“ (vgl. unten) eine wichtige Aufgabe haben.

Für die Steuerung der Gemeinwesenakteure erscheint dagegen der Sprecherrat bei der Vielzahl der bestehenden Netzwerke und den herausgebildeten Kontakten zwischen den Akteurinnen und Akteuren in der Perspektive keine tragende Funktion zu haben. Aus diesem Grund wird eine Neu- bzw. Umstrukturierung mit einer damit verbundenen verstärkten Projilierung empfohlen.

3.2 Stärkung der Selbsthilfestrukturen

Im Rahmen der temporären Projektförderung der Sozialen Stadt haben sich im BV aus Bürgerinitiativen heraus etliche Selbsthilfeorganisationen zur Freizeitgestaltung bzw. Sozialhilfe etabliert. Diese nachbarschaftsorientierten Organisationen (u.a. Underground Pokerclub Eberswalde e.V., Braun-Weiße Piraten e.V., Young Rebels e.V., Kontakt Eberswalde e.V.) sind allerdings überwiegend noch nicht selbsttragend und bedürfen zur Schärfung ihrer Angebotsprofile und zur dauerhaften finanziellen Sicherung kurzfristig einer erhöhten und professionellen Beratung.

Die Aufgaben der professionellen Beratung und des Coachings von Selbsthilfegruppen zählen zu den wesentlichen Schwerpunkten im Verstetigungsprozess und sollten über die Einbindung eines externen Beraters und der Neuprofilierung des Quartiersmanagements sowie ggf. weiterer Unterstützungsstrukturen in einem begrenzten Zeitraum in den Grundzügen erfüllt werden.

Unterstützung von Nachbarschaftsinitiativen

Die bereits begonnene Kooperation von nachbarschaftsorientierten Vereinen und Bürgerinitiativen mit langjährig etablierten und erfahrenen Einrichtungen und Vereinen (SV Medizin – Pokerclub, Kleiderkammer – Arbeitslosenverband, Bund der Vertriebenen – Kontakt e.V., Club am Wald – Young Rebels e.V.) ist ein gangbarer Weg. Er bedarf allerdings einer intensiven Moderation und vereinsrechtlichen Beratung zum Abgleich der jeweiligen Interessenslagen im Einzelfall. Interventionen durch Beratung / Quartiermanagement sind entsprechend auch hier dringend angeraten, denn die Stützung gebietsgebundener Träger hat wegen ihrer besonderen wohnnachbarschaftlichen Verankerung eine sehr hohe Bedeutung für die Gemeinwesenentwicklung im BV.

Zur nachhaltigen Absicherung finanzschwacher Vereine und Initiativen wären Sonderkonditionen für diese Träger zur Flächen- bzw. Raumnutzung angeraten. Zu prüfen ist, ob mit Gebäudeeigentümern finanzschwache Vereine Vereinbarungen abschließen können, die eine vollumfängliche Beteiligung an den Betriebskosten und die Erbringung geldwerter Leistungen anstelle der Kaltmiete vorsehen (z.B. Hausmeisterleistungen, Freiflächenbetreuung). Wichtig ist dabei, dass eine transparente Regelung zum Einsatz geldwerter Leistungen eingesetzt wird, um dem Gleichbehandlungsgrundsatz gerecht zu werden.

Gründung eines Stadtteilvereins

Als „Sprachrohr“ der Gebietsbevölkerung, für eine effektive Akquise von öffentlichen Fördermitteln bzw. privaten Spenden sowie die Stärkung und Vernetzung von Selbsthilfepotentialen wird die Gründung eines Stadtteilvereins empfohlen. Mit der Vereinsbildung wird weiterhin das Ziel verfolgt, dass die Identifikation mit dem Viertel und das Selbstbewusstsein der Gebietsbewohner gesteigert werden kann.

Nach seiner Gründung könnte dieser Verein:

- nach Abschluss des Verstetigungsprozesses die Mittel aus einem geringfügigen „Aktionsfonds“ (vgl. unten) bewilligen, um künftig Kleinstprojekte oder andere Vereine im BV zu unterstützen;
- übergreifende Aufgaben der Stadtteilarbeit übernehmen: Organisation von Stadtteulfesten, Ausrichtung von Bürgerversammlungen, Umsetzung eigener Projekte;
- in Zusammenarbeit mit Stadtverwaltung und Revierpolizei Probleme von Ordnung und Sicherheit im BV zeit- und bürgernah lösen;
- die weitere Wohnumfeldgestaltung unterstützen und unterschiedliche Interessen der Stammbewohnerschaft und Zuzüglern im BV ausgleichen.

Vorzugsweise sollte die Gründung eines Bürgervereins durch eine Bürgerinitiative unter Moderation des Quartiermanagements verfolgt werden. Dabei sind in individuellen Gesprächen, anknüpfend an die Kommunikation im Rahmen der Erstellung des Verstetigungskonzeptes, potentielle Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu gewinnen, bis ein Kern von mindestens sieben Personen gewonnen ist. Nach der Vereinsgründung könnte offensiv in der Öffentlichkeit und in den Netzwerken, z.B. im Rahmen einer Bürgerwerkstatt oder einer besonderen Veranstaltung, um eine weitere Mitwirkung geworben werden.

Neben Bürgerinnen und Bürgern könnten in diese Struktur auch Vertretungen von Wohnungsunternehmen, Gewerbetreibende sowie von Infrastruktureinrichtungen (Sparkasse, Post, Polizei) eingebunden werden. Die Definition des Vereinszwecks und damit der Handlungsfelder des Bürgervereins bleibt den Gründungsmitgliederinnen und -mitgliedern vorbehalten.

Eine Alternative wäre die Umstrukturierung des Sprecherrats als Dachverein soziokultureller Einrichtungen unter Beteiligung von Gebietsbewohnerinnen und -bewohnern. Dies erfordert allerdings umfassende interne Management- und Kommunikationsleistungen im Dachverein, da auch Vereine und Institutionen Mitgliederinnen und Mitglieder wären!

3.3 Stabilisierung von Schlüsselprojekten

Im IPStEK 2009/10 werden fünf investive und neun nicht-investive „Schlüsselprojekte“ der Sozialen Stadt mit Verstetigungsbedarf herausgehoben (vgl. Tab. 3.1 bzw. IPStEK 2009/10 S. 124, Abb. 40).

Nachhaltige Nutzung der Begegnungszentren

Hierzu gehören die drei soziokulturellen Zentren im BV, die infolge der Trägerschaft durch die Stadt (Bürgerzentrum) und der WBG Eberswalde-Finow eG (Freizeitschiff, Vereinshaus Havellandstraße) in ihrem Bestand nachhaltig gesichert sind. Keineswegs unproblematisch ist jedoch der dauerhafte Betrieb dieser Einrichtungen bei auskömmlichen Einnahmen aus Mieten / Betriebskostenpauschalen wegen der unzureichenden Personal- und Finanzausstattung zahlreicher Nutzerinnen und Nutzer.

Zur Reduzierung der Betriebskosten sollte in jedem soziokulturellen Zentrum ein hausinternes Gebäudemanagement verantwortlich geregelt werden, um in Kooperation mit den jeweiligen Nutzerinnen und Nutzern die Verbrauchskosten zu beherrschen, die Freiflächenpflege zu organisieren und temporäre Nutzungen durch Dritte zu vermitteln. Qualifizierte Dienstleistende wären für das Freizeitschiff und das Bürgerzentrum bereits vorhanden (Sozialmanagement der Genossenschaft und Quartiermanagement der Stadtverwaltung).

Die Auslastung dieser investiven „Schlüsselprojekte“ wird wegen des nachlassenden Bedarfs entsprechend der Bevölkerungsentwicklung und verschlankter Angebote infolge auslaufender Anschubfinanzierungen dauerhaft problematisch - zumal mit dem (bei der Freiflächengestaltung ebenfalls über die Soziale Stadt geförderten) Dietrich-Bonhoeffer-Haus ein viertes Begegnungszentrum zur Verfügung steht. Die Erweiterung des Bürgerservice im Bürgerzentrum (Bereitstellung amtlicher Formulare) und die Bereitstellung von Räumen für Familienfeiern im Vereinshaus Havellandstraße könnten zur Stärkung der Nachfrage in diesen Begegnungszentren beitragen.

Da alle Zentren ein vergleichsweise junges Baualter aufweisen, erfolgte der Umbau weitestgehend unter Beachtung der heutigen Anforderungen an Barrierefreiheit und energetischer Optimierung. Neben Nachrüstungen bietet sich als Alternative auch die gezielte Lenkung von älteren und / oder mobilitätseingeschränkten Besucherkreisen in die Begegnungszentren mit gehbehindertengerechter Erschließung an.

Sicherung der Freiflächenprojekte

Ebenfalls mit Mitteln der Sozialen Stadt geförderte größere Freiflächenprojekte sind derzeit nicht dauerhaft gesichert. Hierzu gehören v.a. die Aktionsfläche am „Club am Wald“ und der Verkehrsgarten am Vereinshaus Havellandstraße.

Zur Problemlösung wurde die durchaus beispielhafte Kooperation kommunaler und gemeinnütziger Angebote im Bereich der Kinder- und Jugendfreizeitbetreuung des BV erfolgreich versucht (städtischer „Club am Wald“ mit Juki-Treff und Aktionsfläche des Young Rebels e.V.). Die finanzielle Sicherstellung erfolgt jedoch nur temporär (bis Dezember 2011 Kommunal-Kombi-Förderung, seit Januar 2012 Bürgerarbeit zzgl. BUFDI) und wird noch vor dem Auslaufen der Sozialen Stadt beendet sein. Der Erhalt dieser Kinder- und Jugendfreizeitstätte als wichtiges Kernangebot der Kinder- und Jugendarbeit sollte jedoch wegen der besonderen Problembelastungen im BV dauerhaft von der Stadt vorgehalten werden.

Zur Betreuung der Aktionsfläche bieten sich drei Optionen an:

- Die freie Trägerschaft durch den Young Rebels e.V. und ehrenamtliche Betreuung durch Vereinsmitglieder. Sie erfordert wegen der besonderen Verkehrssicherungspflichten und der erhöhten Unfallrisiken den Bau einer verschließbaren Einfriedung.

- Die kommunale Trägerschaft durch den „Club am Wald“ mit JUKI-Treff. Sie erfordert eine zusätzliche Regelfinanzierung für eine zweite (Teilzeit-) Personalstelle im Club.
- Die Mischform der kommunalen Trägerschaft und ehrenamtlichen Betreuung durch die Vereinsmitglieder vom Young Rebels e.V. Sie erfordert eine verlässliche und dauerhafte Zusammenarbeit des Vereins mit dem „Club am Wald“ und Juki-Treff.

Derartige Möglichkeiten sind auch für den Verkehrsgarten der Verkehrswacht Barnim zu prüfen, da die bisherige Personalkostenförderung über MAE-Maßnahmen jederzeit beendet werden kann. Empfohlen wird daher die Erstellung eines nachhaltigen Betreuungs- und Marketingskonzeptes für den Verkehrsgarten. So könnte die materielle Unterhaltung der Anlage als geldwerte Leistung durch finanzschwache Nutzer des Vereinshauses (z.B. Kontakt e.V.), die pädagogische Betreuung weiterhin durch die Verkehrswacht Barnim e.V. übernommen werden.

Qualifizierung der Öffentlichkeitsarbeit

Als „Schlüsselprojekt“ wird im IPStEK 2009/10 ebenfalls das Stadtteilmagazin „EinBlicke-AusBlicke“ benannt, das jedoch nur beschränkte Resonanz im BV findet.

Der nachweislich geringe Beitrag des Stadtteilmagazins zur Bürgerinformation und zur Imageverbesserung rechtfertigt nicht den personellen und finanziellen Aufwand zur Herstellung dieses Printmediums. Sein Erscheinen sollte daher nach Beendigung der bisherigen Kommunal-Kombi-Förderung eingestellt werden.

Alternativ ist die Prüfung anderer Formen der Bürgerinformation geboten. So bewähren sich in vielen Stadtteilen auch zentrale Info-Punkte. Möglich wären im BV eine erweiterte Info-Tafel am Bürgerzentrum oder eine Litfasssäule am Einkaufszentrum „Heidewald“ in Verantwortung eines Stadtteilvereins. Regiestelle für die örtliche Öffentlichkeitsarbeit sollte die AG Öffentlichkeitsarbeit für die „Restzeit“ der Sozialen Stadt bleiben. Danach könnte das Quartiermanagement diese Aufgabe übernehmen. Über diese kommunale Regiestelle im Stadtteil könnten wichtige Bürgeranliegen bzw. Informationen auch in bewährten Printmedien (Amtsblatt, Mieterzeitung der WBG) veröffentlicht werden.

Fortsetzung der Image-Kampagne

Zur Bewältigung des anhaltenden Negativ-Images des BV sollte neben der klassischen Öffentlichkeitsarbeit verstärkt auf Aktivitäten zur Betonung von Stadtteil-Stärken gesetzt werden. Hierzu gehören das große Brachflächenpotential, mit dem bei innovativen Nachnutzungen durchaus gesamtstädtische Beachtung erlangt werden kann. Auch das Potential der großen Bevölkerungsgruppe der Zugewanderten könnte über intensiv beworbene Kulturveranstaltungen oder Freiflächenprojekte aktiviert werden.

Die wohl höchste integrative wie mediale Wirkung ließe sich durch stadtteilübergreifende und gemeinsame Aktionen der etablierten Sportvereine (u.a. SV Medizin Eberswalde, SV Motor Eberswalde, Karateverein, Kampfkunstschule) und sportorientierten Interessengruppen (u.a. Pokerclub, Braun-Weiße Piraten, Schachklub) erreichen.

Angeregt wird ein „Sportkalender“ mit quartalsweisen Sportevents wie Neujahrs- oder Langstreckenläufen, Fan-Fußballturnieren, Kampfsport-Turnieren oder Tischtennis-Meisterschaften. Ausrichter dieser stadtteil-übergreifenden Sportveranstaltungen können neben den Sportvereinen selbst auch Stadtteilverein, Quartiermanagement oder Wohnungsunternehmen sein, die dann veranstaltungskonkret die Koordinierung übernehmen.

Aufrechterhaltung der Förderkulisse Soziale Stadt

Nicht-investive „Schlüsselprojekte“ wie Weihnachtsmarkt, Ferienspiele und Familienfahrten bedürfen zu ihrer Sicherung nach der Beendigung der Sozialen Stadt des Engagements der Trägervereine. Hierzu gehört auch die Konzentration der Mehrfachangebote in der Kinder- und Familienbetreuung im BV inkl. gemeinsamer Projektfinanzierung durch Spenden bzw. Förderungen aus Parallelprogrammen der Sozialen Stadt (z.Zt. BIWAQ II, „STÄRKEN vor Ort“). Letzteres ist jedoch nur bei einem Fortbestand der Sozialen Stadt als Förderkulisse im BV möglich.

Vor dem Hintergrund der heutigen sozialen Situation und der weiteren zu erwartenden städtebaulichen und demographischen Entwicklungen im BV bleiben die personalen und finanziellen Zuwendungen der öffentlichen Hand unverzichtbar – auch durch die Kontinuität sozialer nicht-investiver Kleinstprojekte zur sozialverträglichen Organisation des Stadtumbaus und der weiteren sozialen Stabilisierung des Gebietes. Nach Beendigung des Fördermittelzuflusses aus dem Programm Soziale Stadt, der sich nach 2015 einstellen kann, sollte von Seiten der Stadt daher gegenüber dem Land vertreten werden, dass die Förderkulisse vorerst weiter aufrecht erhalten bleibt und möglichst an die Laufzeit des Stadtumbauprogramms gekoppelt wird.

Fest steht, dass die Bundes- und Landeshilfen nur zeitlich befristet in einem Gebiet wirken können. In den zwölf Jahren Programm Laufzeit gibt es allerdings bisher bundesweit nur eine geringe Anzahl von Gebieten, die tatsächlich vollständig aus der Fördergebietskulisse entlassen wurden. Das „Ruhelassen“ von Programmumsetzungen bzw. aktiver Förderung ohne die Förderkulisse aufzugeben wird bundesweit, aber auch im Land Brandenburg praktiziert (Duisburg Bruckhausen, Cottbus Sachsendorf-Madlow).

Auch wenn in der Perspektive Hilfen aus dem Programm „Soziale Stadt“ nicht mehr nutzbar sind, angesichts der Belastungen die das BV zu tragen hat, bleiben öffentliche Hand (Bund, Land, Landkreis, Kommune) weiter aufgefordert, ihre Programme und Hilfen konzentriert im Brandenburgischen Viertel einzusetzen. Der Erhalt der Fördergebietskulisse sollte daher Ausdruck für diesen besonderen Entwicklungsbedarf bleiben.

3.4 Einrichtung eines Stadtteilbudgets

Verfügungsfonds Soziale Stadt

Der Verfügungsfonds Soziale Stadt befindet sich derzeit im Aufbau bzw. gibt es Bekundungen der örtlichen Wohnungsanbieter, diesen mitzufinanzieren. Solche Bekundungen sind im Vergleich mit anderen Kommunen durchaus keine Selbstverständlichkeit und sollten offensiv genutzt werden!

Hintergrund des neuen Förderinstrumentes Verfügungsfonds ist es, durch Einbindung von privatem Kapital eine höhere Hebelwirkung für die Mittel der Städtebauförderung, zu denen auch die Mittel der Sozialen Stadt zählen, zu erzielen. So ist der Fördermitteleinsatz mind. zu 50 Prozent durch private oder kommunale Mittel gegen zu finanzieren.

Die Verwaltungsvereinbarung (VV) zur Städtebauförderung 2011 sieht sogar für die Soziale Stadt Ausnahmen in der Anteilsverteilung vor, die bis zu einer alleinigen Finanzierung des Fonds über Fördermittel reichen (VV Städtebauförderung 2011, Artikel 10 Verfügungsfonds, Seite 13).

Die Vergabeentscheidung sollte im Gremium des Sprecherrates und unter Einbindung der Geber für den Fonds getroffen werden, womit das notwendige Vergabegremium entsprechend der VV Städtebauförderung 2011 gegeben ist. Die Rolle der Wohnungsanbieter im BV könnte so im Sprecherrat gestärkt werden. Zugleich muss von Anfang an kommuniziert werden, dass der Verfügungsfonds Soziale Stadt nur zeitlich begrenzt einsetzbar ist, da er an die Fördermittel der Sozialen Stadt gebunden ist. Für das BV wäre dieser Verfügungsfonds aber auch eine wichtige „Brücke“, um dauerhaft finanzielle Mittel für die Stadtteilarbeit vorzuhalten.

Zur Klarstellung und Absicherung u.a. des Einsatzzweckes des Fonds, der Rechte und Pflichten der Mitfinanzierer, der Mittelverwaltung, des Vergabegremiums sowie aller Regelungen zur Weiterleitung von Städtebaufördermitteln an einen Dritten (Antragsteller) wird die Erarbeitung und der Beschluss einer kommunalen Richtlinie „Verfügungsfonds Soziale Stadt“ empfohlen.

Quartiersfonds

Spätestens zum Auslaufen der aktiven Förderung der Sozialen Stadt wird - anlehnend an gute Erfahrungen aus anderen Kommunen - die Einführung eines Quartiersfonds (z.B. über ca. 2.000 Euro p.a. für das BV) empfohlen.

Das Budget hat neben der konkreten Hilfe für die Arbeit in den Gebieten auch eine sehr starke aktivierende Funktion, denn der Einsatz eines solchen Budgets im Gebiet setzt eine örtliche Organisation voraus.

Der empfohlene Stadtteilverein für das BV wäre eine solche Trägerorganisation für den Quartiersfonds. Zur Beantragung, Mittelvergabe und -verwaltung könnte der Stadtteilverein ggf. auf die Unterstützung des Quartiermanagements zurückgreifen.

Die weitere Förderbereitschaft der Wohnungsunternehmen vorausgesetzt, kann die Mitfinanzierung für den Quartiersfonds organisiert werden über:

- das Einwerben von privaten Spenden aus der Bürgerschaft bzw. von weiteren Gewerbetreibenden. Dies erfordert eine ausreichende Spendenbereitschaft und stetiges Fundraising mit hohem Aufwand.
- die generelle Bereitstellung eines Zuschusses für Stadtteilvereine aus dem Kommunalhaushalt wäre hierfür eine Option. Dies erfordert einen StVV-Beschluss.

3.5 Erhalt des Quartiermanagements

Sicherung des Quartiermanagements

Das Quartiermanagement sollte mit Blick auf:

- die anhaltenden besonderen sozialen Problemlagen und Integrationsanforderungen des BV;
- die im Konzept dargestellten Bedarfe zur Betreuung und Unterstützung der gebildeten Nachbarschaftsinitiativen und Selbsthilfestrukturen;
- die noch unzureichend mit Projekten besetzte Handlungsfelder (Arbeit und Beschäftigung im Wohngebiet, Folgestaltung von Rückbauflächen);
- die Probleme bei den Themen Sicherheit und Ordnung;
- die Größe des Gebietes und die entsprechende Vielzahl an Akteurinnen und Akteuren;
- die anhaltend hohen Bedarfe an Bürgerberatung und Bürgerinformation auch vor dem Hintergrund des weiter laufenden Stadtumbaus

verstetigt werden. Aus heutiger Sicht erscheint für eine Sicherung dieser besonderen Unterstützungsform für das BV eine Laufzeit bis mindestens zum Jahr 2020 notwendig.

Neuprofilierung des Quartiermanagements

Als Mittler zwischen Stadtverwaltung sowie örtlichen Organisationen und der Bürgerschaft werden sich die Aufgaben in der Zukunft schrittweise konzentrieren auf:

- Bürgerberatung und Bürgerinformation,
- Veranstaltungsorganisation/Hausmanagement im Bürgerzentrum,
- Unterstützung von Selbsthilfestrukturen wie Vereinen bzw. Bürgerinitiativen,
- Aquse von Fördermöglichkeiten und die
- Entwicklung und Förderung von temporären Kleinstprojekten sowie von strategischen Projekten z.B. im Bereich Arbeit und Qualifizierung.

Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkarbeit und Veranstaltungsorganisation im BV sollten reorganisiert werden und nicht mehr das bestimmende Aufgabenfeld des Quartiermanagements sein.

Die kommunale Trägerschaft des Quartiermanagements sollte vor dem Hintergrund des weiteren Stadtumbaus und der daraus resultierenden Moderation verschiedener wohnungsunternehmerischer Aktivitäten sowie der großen Anzahl an örtlich wirkenden Trägern der Gemeinwesenarbeit erhalten bleiben.

Die „Kümmererfunktion“ des Quartiermanagements ließe sich durch eine stärkere Kooperation mit dem Ortsvorsteher und einem zu gründenden Stadtteilverein sowie durch intensivere Kontakte zu Wohnungsunternehmern und Gewerbetreibenden optimieren. Das vom Quartiermanagement betriebene Kontaktbüro sollte als ständige Anlaufstelle für Bürgeranfragen und –hinweise erhalten bleiben.

Unterstützung bei strategischen Projekten

Mangels Beschäftigungsträger im BV ist zu prüfen, inwieweit Arbeitslosenverband, Deutsche Angestellten-Akademie und / oder „Land in Sicht“ Prowo gGmbH mit besonderer Unterstützung des Quartiermanagements für die Betreuung von Beschäftigungsprojekten im BV eine stärkere Rolle übernehmen könnten. Der Bereich „Arbeit und Qualifizierung“ sollte bei der Projektbetreuung des Quartiermanagements ein Schwerpunkt sein.

Tab. 1.1: Verteilung des Mitteleinsatzes Soziale Stadt 1999-2011 nach Handlungsschwerpunkten
Ergänzungsblatt zur Darstellung der Zweckbindungsfristen

Fördergegenstand	Mitteleinsatz*	Handlungsschwerpunkte	Projektbeispiele/ Bindungszeit
Städtebauliche Untersuchungen und Planungen	144.600 Euro	Anpassung und Verstetigung des Förderprogramms	Erstellung des IHK, von IPStEK 2006 und 2009/2010, Sozialstudien 1999 und 2011, Verstetigungskonzept keine Zweckbindungsfrist
Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit bewohnergetragene und soziale Projekte	204.400 Euro	Imageverbesserung, Förderung von Bürgerinitiativen und soziokultureller Angebote	Förderung von Stadtfestesten, von Familienfahrten und Ferienangeboten, Tandem-Sprachförderung, Schüler-Theater-Fotoprojekt, Stadteilmagazin, Imagebroschüre ... keine Zweckbindungsfrist
	162.000 Euro	Förderung der Integration in Beschäftigung und von Hilfsangeboten	Netzwerk für wirtschaftlich schwächer gestellte Hilfesuchende (Arbeitslosenservice), Mütter-Väter-Kind-Café verschieden auf Gegenstände (Küche, Spielzeug, Möbel) geregelt max. 10 Jahre) (bis 2019)
Instandsetzung und Modernisierung von Gebäuden	1.600.300 Euro	Umnutzung und Anpassung von Gebäuden der sozialen Infrastruktur	Umbau und Einrichtung von Bürgerzentrum und Vereinshaus Havellandstraße 25 Jahre, d.h. bis 2036
Ordnungsmaßnahmen	87.400 Euro	Rückbau von Infrastruktureinrichtungen	Rückbau von Schulgebäude und Stilllegung von Straßen keine
Anlage und Gestaltung von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen	193.000 Euro	Neuordnung von Wegebeziehungen	Erarbeitung Wegenetzkonzept, Gestaltung von Gehwegen, Aufstellen von Sitzbänken verschieden, da maßnahmebezogen 10 bzw. 25 Jahre (max. bis Nov. 2035)
Anlage und Gestaltung von öffentlichen Grünflächen und Anlagen zum Spielen von Kindern und Jugendlichen	507.000 Euro	Aktivierung von Brachflächen für Erholung und Freizeitgestaltung	Herstellung der Aktionsfläche, des Verkehrsgartens und des Generationenparks 25 Jahre (bis 2035)
Anlage und Gestaltung von Wohnumfeldflächen und privaten Grünflächen in Mietwohnungsgebieten	169.300 Euro	Neugestaltung von Rückbauflächen	Freiflächengestaltungen am Freizeitschiff und am Dietrich-Bonhoeffer-Haus 10 bzw. 25 Jahre (max bis 2032)
Kleinteilige Einzelvorhaben zur Verbesserung des Stadt- und Ortsbildes	91.000 Euro	Verbesserung des Wohnumfeldes und der Freizeitangebote im Freien	Fußballplatz, Beachvolleyballanlage, Treffpunkte im Freien verschieden ihrer üblichen, durchschnittlichen Nutzungsdauer entsprechend
Gesamt	3.159.000 Euro		

* Stichtage: 22.12.1999 bis 10.11.2011, Mittel = Fördermittel mit Finanzierungsanteile jeweils ein Drittel Bund/Land/Kommune

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abb. 1.1:	Verteilung des Mitteleinsatzes Soziale Stadt 1999-2011 nach Handlungsschwerpunkten	12
Abb. 1.2:	Frage: „Im Brandenburgischen Viertel läuft seit 1999 das Stadtentwicklungsprogramm Soziale Stadt. Fühlen Sie sich über das Programm Soziale Stadt und die umgesetzten Maßnahmen ausreichend informiert?“	15
Abb. 1.3:	Frage: „Wenn ja, woher haben Sie Ihre Informationen?“	16
Abb. 1.4:	Frage: „Im Programmgebiet „Soziale Stadt“ wurden eine Reihe von baulichen, sozialen und kulturellen Maßnahmen umgesetzt. Bitte geben Sie an, wie häufig Sie das jeweilige Angebot nutzen.“ Stadtteilmagazin	16
Abb. 1.5:	Frage: „Im Programmgebiet „Soziale Stadt“ wurden eine Reihe von baulichen, sozialen und kulturellen Maßnahmen umgesetzt. Bitte geben Sie an, wie häufig Sie das jeweilige Angebot nutzen.“	17
Abb. 1.6:	Frage: „Nutzen Sie Angebote und Einrichtungen im Brandenburgischen Viertel?“	18
Abb. 1.7:	Frage: „Wenn ja. Welche Angebote?“	18
Abb. 1.8:	Frage: „Wo verbringen Sie und die übrigen Haushaltsmitglieder überwiegend Ihre Freizeit?“	19
Abb. 1.9:	Frage: „Haben Sie an folgenden Aktionen im Rahmen der Programme „Soziale Stadt“, „LOS“ und „Stärken vor Ort“ im Brandenburgischen Viertel teilgenommen?“	19
Abb. 1.10:	Frage: „Sind Sie in Eberswalde als Mitglied eines Vereins oder einer Initiative aktiv?“	20
Abb. 1.11:	Frage: „Wenn ja, mit welchem Schwerpunkt?“	21
Tab. 1.1:	Verteilung des Mitteleinsatzes Soziale Stadt 1999-2011 nach Handlungsschwerpunkten	11/ 43
Tab. 3.1:	Absicherungsbedarf von Projekten der Sozialen Stadt nach Auslaufen der Förderung	32